

## **A1 Mut zur „Konsultative“: Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung**

Antragsteller\*in: Herbert Sirois (KV Ansbach)

1 Ziel der Politik von Bündnis 90/Die Grünen ist eine frühzeitige und  
2 tiefgreifende Konsultation der Bürger\*innenschaft bei allen öffentlichen  
3 Projekten. Wir wollen keine Politik *für* Menschen, sondern Politik *mit* und *von*  
4 Menschen.

5 Dafür wollen wir, dass künftig den Entscheidungsverfahren auf allen Bürokratie-  
6 und Verwaltungsebenen eine neue Form der Konsultationsverfahren verpflichtend  
7 vorangestellt wird: Hierzu sind zukünftig beratende Bürgerbeteiligungsverfahren,  
8 im Sinne zufallsrekrutierter Konsensuskonferenzen, gesetzlich verpflichtend für  
9 alle Infrastrukturentscheidungen anzuwenden.

10 Zur Absicherung und Entwicklung strukturierter und geordneter Verfahren der  
11 beratenden Bürgerbeteiligungsprozesse fordern Bündnis 90/Die Grünen, auf allen  
12 betroffenen Hierarchieebenen **unabhängige** und **zur Neutralität**  
13 **verpflichtete Koordinierungsstellen** für die Beteiligung der Bürgerinnen und  
14 Bürger in Konsultativverfahren einzurichten. Deren Aufgabe soll es sein,  
15 Leitlinien für eine konsultative Struktur in Gesetzen und Verordnungen sowie der  
16 öffentlichen Projektentwicklung zu entwerfen und fortzuschreiben. Die  
17 Koordinierungsstellen sollen zudem die Partizipationskultur fördern, frühzeitig  
18 (bereits zu Beginn von Projektierungsüberlegungen) alle anstehenden Vorhaben  
19 öffentlich machen und Konsultativverfahren organisieren sowie begleiten.

### **Begründung**

Im heutigen Politikbetrieb mangelt es an Erörterung und gründlicher Beratung der öffentlichen  
Angelegenheiten zu einer Zeit, in der Projekte noch formbar sind. Politik und Behörden nutzen viel lieber  
genehme Experten\*innenmeinungen, die immer häufiger Resultat von Lobbyarbeit sind. Der  
Beratungsprozess\* muss deshalb dringend repolitisiert werden. Die demokratische Souveränin, die  
Bürger\*innenschaft, muss über die Errichtung eines Netzwerkes von „Konsensuskonferenzen“ maßgeblich  
und verbindlich bereits an frühen Projektschritten beteiligt werden. Der obenstehende Antrag formuliert  
deshalb die Forderung nach einer konsultativen „Beteiligungsrevolution“. Dabei steht nicht der Appell für eine  
„neue“ außerparlamentarische Opposition im Zentrum, und per se auch keine Beschränkung der etablierten  
Gewalten, sondern die Notwendigkeit, den staatlichen Bürokratien zu zeigen, dass ihre sozialen,  
ökonomischen und kulturellen Projekte nur mit und nicht ohne oder gar gegen die informierten Bürger\*innen  
gelingen können! Der bestehende „Beteiligungstau“ - ausgelöst von einer Politik, die Entscheidungen oft als

alternativlos beschreibt und emotionslos exekutiert, - fördert Politikverdrossenheit sowie Populismus und muss überwunden werden. Selbst der Deutsche Städtetag stellt seit langem fest:

*„Es zeigt sich, dass Legitimität diskursiv geworden ist, häufig nur im Wege der wechselseitigen Überzeugung und des Aushandelns zustande kommt“* und empfiehlt entsprechend den Kommunen, *„sich systematisch mit der lokalen Beteiligungs- und Planungskultur zu beschäftigen“*.<sup>\*\*</sup>

Der absehbaren, reflexartigen Kritik, hier solle ein neues „Bürokratiemonster“ geschaffen werden, kann wie folgt entgegengetreten werden:

- Ja, echte Beteiligung wird Zeit, Geld und struktureller Voraussetzungen bedürfen.
- Eine glaubwürdige Bürger\*innenbeteiligung wird aber gewiss nicht mehr Aufwand in Anspruch nehmen als die heute inflationär zunehmende Zahl von langwierigen sowie kostspieligen öffentlichen und juristischen Auseinandersetzungen über Planungsvorhaben.
- Bürokratische Entscheidungen, selbst wenn diese auf neutralem Expertenwissen basieren, können nur durch einen wechselseitigen Lernprozess zwischen Politik, Wissenschaft und Gesellschaft demokratieverträglich gemacht werden.
- Konsensuskonferenzen fördern langfristig die partizipative Einstellung, die Haltung zur Demokratie und auch das Vertrauen in die eigenen politischen Fähigkeiten. So stellt der Evaluationsbericht des 2019 abgehaltenen „Bürgerrats Demokratie“ fest, dass über die Hälfte der Teilnehmer\*innen angibt, die Teilnahme am Bürgerrat hätte ihre Bereitschaft zu wählen oder die Bereitschaft der Mediennutzung, um sich stärker politisch zu informieren, erhöht. <sup>\*\*\*</sup>

Bündnis 90/Die Grünen ist schon aus Überzeugung und Tradition eine Partei, die das hohe Gut der Beteiligungsdemokratie betont und deren Ausbau als zentrales Ziel definiert. Es muss somit unsere unbedingte Absicht sein, ein gesellschaftliches Klima zu fördern, in welchem sich mehr Bürgerinnen und Bürger als bisher nicht länger als Wutbürger\*innen, sondern als Mutbürger\*innen konstruktiv an der Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft beteiligen. Wir sind damit die politische Kraft, die sich für mutige Entscheidungen hin zu einer „Beteiligungsrevolution“ aussprechen muss.

\* Inhaltliche Anregung finden Antrag und Begründung in den Ausführungen von Patrizia Nanz und Claus Leggewie in deren Werk *Die Konsultative*. Siehe hierzu: Nanz, Patrizia; Leggewie, Claus: *Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung*, Berlin 2016.

<sup>\*\*</sup> Thesen zur Weiterentwicklung lokaler Demokratie: Deutscher Städtetag – Bürgerbeteiligung als Chance begreifen – lebendige lokale Demokratie fördern. Pressemitteilung, Berlin 22.11.2013.

### **Unterstützer\*innen**

David Schiepek (KV Ansbach), Oliver Rühl (KV Ansbach), Anja Völkel (KV Ansbach), Günter Ries (KV Ansbach), Philipp Hörber (KV Ansbach), Simon Mayr (KV Ansbach), Uwe Schreiner (KV Ansbach), Sabine Stein-Hoberg (KV Ansbach), Yasmin Hübel (KV Ansbach), Dirk Sauer (KV Ansbach), Gerhard Zitzmann (KV Ansbach), Bernhard Schmid (KV Ansbach), Gerhard Stümpfig (KV Ansbach), 15 Michaela Stümpfig (KV Ansbach), Christa Spiegl (KV Ansbach), Manfred Eschenbacher (KV Ansbach), Wolfgang Hauf (KV Ansbach), Gabi Schaaf (KV Ansbach), David Sirois (KV Ansbach), Judith Bogner (KV Mühldorf), Andreas Gumminger (KV Mühldorf), Angelica Schieder (KV Landshut-Stadt), Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt), Oliver Haas (KV München)

## **A2 Agrarwende jetzt einleiten: Für eine wirksame Reform der EU-Landwirtschaftspolitik**

Antragsteller\*in: LAG Landwirtschaft & ländliche Entwicklung  
Bayern, Corinna Ullrich (KV Rhön-  
Grabfeld), Regina Reiter (KV Traunstein),  
Günter Räder (KV Ostallgäu), Gisela Sengl  
(KV Traunstein)

### 1 **Einleitung**

2 Im Oktober 2020 wird ein neuer EU-Haushalt für die kommenden sieben Jahre  
3 beschlossen. Mit diesem neuen Haushalt wird auch die europäische  
4 Landwirtschaftsförderung reformiert. Rund 64 Milliarden Euro werden jährlich für  
5 die Förderung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume ausgegeben. Davon  
6 gehen mehr als zwei Drittel oder 40 Milliarden Euro als flächenbezogene  
7 Direktzahlungen an die Landwirtschaft. Diese immense Summe beeinflusst  
8 maßgebend, wie Landwirtschaft in Europa betrieben wird und welche  
9 Umweltauswirkungen sie hat. Bisher wurde das Geld weitgehend unabhängig von der  
10 Art der Bewirtschaftung verteilt. Gesellschaftlich erwünschte Umweltleistungen  
11 wurden bisher kaum honoriert.

12 Die Landbewirtschaftung verursacht vielerorts in der EU jedoch erhebliche  
13 Probleme u.a. in den Bereichen Klima- und Gewässerschutz, Artenvielfalt und  
14 Tierwohl. Wissenschaftler, allen voran die wissenschaftlichen Beiräte für  
15 Agrarpolitik und für Biodiversität, fordern deshalb schon lange, endlich einen  
16 konsequenten Umbau der Agrar-Förderpolitik einzuleiten.

17 Die anstehende Reform der EU-Landwirtschaftsförderung bietet jetzt die  
18 Möglichkeit die Weichen für die nächsten Jahre neu zu stellen. Doch die bisher  
19 gemachten Reformvorschläge seitens des Parlaments und des Rates werden kaum  
20 Verbesserungen bringen. Vielmehr zeichnet sich ab, dass wieder und verstärkt die  
21 Intensivierung der Landwirtschaft zu Lasten von Umwelt-, Klimaschutz und  
22 Tierwohl, im Vordergrund stehen wird. Konzentrationsprozesse in der  
23 Landwirtschaft und das Höfesterben werden so nicht gestoppt.

24 Mit der kürzlich erschienen Farm to Fork- und der Biodiversitätstrategie des  
25 Green Deals erkennt die EU-Kommission an, dass wir ein Umdenken in der  
26 Landwirtschaft hin zu mehr Umwelt- und Naturschutz brauchen, mit ihrem Vorschlag

27 zur Ausgestaltung der GAP wird sie allerdings ihre eigenen Strategie-Pläne nicht  
28 umsetzen können.

29 Wir fordern deshalb, diese Reform endlich entsprechend den Vorschlägen der  
30 Wissenschaft und den Wünschen der europäischen Bürgerinnen und Bürger zu nutzen  
31 und eine klare Agrarwende einzuleiten, von der Bäuerinnen und Bauern genauso  
32 profitieren wie Umwelt, Natur, Klima und Tierwohl.

### 33 **Umbau der EU-Agrarsubventionen**

34 Die derzeit geltenden Minimalstandards für flächenbezogene Direktzahlungen haben  
35 zu keinen entscheidenden Verbesserungen bei Klima, Naturschutz und Tierwohl  
36 geführt. Deshalb fordern wir einen systematischen Umbau und ein Auslaufen von  
37 rein flächenbezogenen Direktzahlungen hin zur ausschließlichen Honorierung von  
38 Leistungen für Gesellschaft und Ökosysteme. In Zukunft soll ein wesentlicher und  
39 kontinuierlich wachsender Teil der Direktzahlungen an konkrete Umwelt-, Klima-  
40 und Tierschutzmaßnahmen gebunden sein. Damit soll der Ausbau des Ökolandbaus  
41 gefördert und die Ökologisierung der konventionellen Landwirtschaft systematisch  
42 vorangetrieben und ausgebaut werden.

43 Zu Beginn der nächsten siebenjährigen Förderperiode sollen zunächst 40 Prozent  
44 der Direktzahlungen an solche Maßnahmen gekoppelt sein. Bis zum Ende der  
45 kommenden Förderperiode soll der Anteil auf 70% steigen. Im Laufe der sich  
46 anschließenden Förderperiode soll sich der Umbau fortsetzen, an ihrem Ende  
47 werden Gelder der EU nur noch und ausschließlich für die Erbringung von  
48 wirksamen gesellschaftlichen Leistungen ausbezahlt.

49 Von Beginn an müssen verbindliche Umwelt-, Klima- und Tierschutzziele für alle  
50 Mitgliedsstaaten vorgegeben werden, um einen Dumpingwettbewerb um die geringsten  
51 Umweltstandards zu verhindern.

52 Die flächengebundene Tierhaltung (höchstens 2 GV/Hektar; regionale,  
53 überbetriebliche Kooperationen können berücksichtigt werden) ist Voraussetzung  
54 für die Grundförderung.

55 Um dem Größenvorteil entgegenzuwirken und kleine und mittlere Betriebe nicht zu  
56 benachteiligen wird eine Degression der Leistungen eingeführt, dabei sind  
57 Arbeitskräfte auf die Degression anzurechnen.

### 58 **Bewertung durch ein Punktesystem**

59 Langfristig soll das derzeitige Zwei-Säulen-Prinzip abgebaut und durch ein  
60 Punktesystem ersetzt werden. Das Punktesystem bewertet die ökologischen  
61 Leistungen sowie Tierwohleleistungen der Betriebe.

62 Die Höhe der Direktzahlungen hängt dann von den erworbenen Punkten ab. Je mehr  
63 Ökosystemdienst- und Tierwohlleistungen ein Betrieb erbringt, umso höhere  
64 Leistungen erhält er. Die Punktesysteme der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche  
65 Landwirtschaft (AbL) und des deutschen Verbandes für Landschaftspflege (DVL)  
66 liefern hierfür gute Beispiele.

67 Auf dem Weg dorthin sind – als Übergangslösung - folgende Schritte einzuleiten:  
68 Ein großer Teil der Direktzahlungen der ersten Säule muss von allen  
69 Mitgliedsstaaten verpflichtend für Umweltmaßnahmen (Ecoschemes) genutzt werden.  
70 Mittel aus der ersten Säule müssen in die finanziell geschwächte zweite Säule  
71 umgeschichtet werden, um dort Agrarumweltmaßnahmen, den ökologischen Landbau und  
72 Maßnahmen zur flächengebundenen und artgerechten Tierhaltung finanzieren zu  
73 können.

### 74 **Kriterien für die Umwelt-, Klima und Tierschutzmaßnahmen**

75 Das Angebot von Maßnahmen zur Honorierung von Umwelt-, Klima- und  
76 tierwohlbezogenen Gemeinwohlleistungen soll ausgeweitet werden. Die  
77 Mitgliedsländer entwickeln Maßnahmenkataloge, die insbesondere folgende  
78 Aufgabengebiete verbindlich enthalten: Die Förderung des Ökolandbaus sowie  
79 Agrarumweltmaßnahmen im Besonderen für folgende Bereiche: Klima-, Boden- und  
80 Wasserschutz, Moorschutz und Paludikultur, Biodiversitäts- & Biotopschutz,  
81 regenerative Landbausysteme (u.a. Agroforstsysteme) und Tierwohl (Förderung von  
82 Tierhaltung, die das Ausleben von arteigenen Verhaltensweisen ermöglicht).

83 Es sind sowohl jährliche, als auch Dauermaßnahmen anzubieten, letztere sollen  
84 aber langfristig überwiegen, da ihr naturschutzfachlicher Nutzen signifikant  
85 höher ausfällt und sie den Landwirten mehr Planungssicherheit bieten. Die  
86 Maßnahmen sollen standortspezifisch, zielorientiert und hinreichend finanziert  
87 sein. Kooperative und flexible Ansätze für ein integriertes Landschafts- und  
88 Ressourcenmanagement sind zu entwickeln und anzuwenden. Alle Maßnahmen sind  
89 darauf zu prüfen, ob sie dem Ziel des Erhalts und der Förderung der biologischen  
90 Vielfalt nicht zuwiderlaufen.

91 Die Ökolandbauförderung muss länderübergreifend gesichert sein, so dass das  
92 Entwicklungsziel von mindestens 25% Ökolandbau bis 2030 europaweit finanziell  
93 umgesetzt werden kann. Langfristig soll der Ökolandbau als Leitbild der  
94 europäischen Landwirtschaft noch wesentlich mehr ausgebaut und die  
95 konventionelle Landwirtschaft ökologisiert werden. Artgerechte Tierhaltung und  
96 Tiergesundheit muss vermehrt gefördert werden, Stallbauförderung muss sich an  
97 den Vorgaben für ökologische Tierhaltung orientieren.

### 98 **Evaluierung und Zielerreichung**

99 Durch Monitoring wird die Wirksamkeit der Maßnahmen fortgehend evaluiert, die  
100 Länder sind zur Zielerreichung verpflichtet. Die wissenschaftliche Überprüfung  
101 des Erfolgs der verschiedenen Maßnahmen erfolgt in einem inter- und  
102 transdisziplinären Ansatz, der die Landwirte und die übrigen Akteure vor Ort  
103 einbezieht. Dazu muss zeitnah in ein Monitoring-System investiert werden.

### 104 **Über die betriebliche Förderpolitik hinausgehende Ziele innerhalb der EU-** 105 **Agrarpolitik**

106 Zusätzlich zu der Förderung von Umwelt- Klima- und Tierschutzmaßnahmen auf  
107 landwirtschaftlichen Betrieben über ein Punktesystem setzen wir uns dafür ein,  
108 dass der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen  
109 Raums (ELER) finanziell gut ausgestattet wird. Strategisch soll über diesen die  
110 ländliche Entwicklung und der Auf- und Ausbau von regionalen  
111 Wertschöpfungsketten unterstützt werden. Insbesondere die der  
112 landwirtschaftlichen Primärproduktion nachgelagerten Bereiche der  
113 Lebensmittelverarbeitung, -vermarktung und Logistik sollen gefördert werden und  
114 zu einer regional verankerten Lebensmittelversorgung der Bevölkerung beitragen  
115 und den Landwirtinnen und Landwirten ein sicheres Einkommen ermöglichen.

116 Wir wollen außerdem den europäischen Landwirtinnen und Landwirten Produktions-  
117 und Absatzsicherheit geben und hohe ökologische Standards garantieren. Deshalb  
118 muss sichergestellt werden, dass EU-Importe nur zugelassen werden, wenn bei  
119 ihrer Produktion nachweislich EUStandards – auch bei Umwelt- und  
120 Klimaschutzmaßnahmen – eingehalten wurden.

121 Gleichzeitig soll der Absatz von Produkten aus EU-Landwirtschaft durch eine  
122 einzuführende verbindliche Herkunftsangabe gefördert werden. Auf jedem Produkt  
123 soll ausgelobt sein, wo die Rohstoffe herkommen, nicht wie bisher, nur der  
124 Verarbeitungs- bzw. Verpackungsort.

125 Um den Tierhaltungsstandard EU-weit zu verbessern und anzugleichen setzen wir  
126 uns für eine verbindliche 4-stufige Haltungskennzeichnung für alle tierischen  
127 Produkte (einschließlich verarbeiteter Produkte) ein.

### **Unterstützer\*innen**

Judith Bogner (KV Mühldorf), Rainer Stöger (KV Mühldorf), Gabriele Wochehmaier (KV Mühldorf), Janina Huber (KV Mühldorf), Andreas Gummingner (KV Mühldorf), Bianca Hegmann (KV Mühldorf), Johannes Jessenberger (KV Rhön-Grabfeld), Bernhard Zimmer (KV Berchtesgadener Land), Wolfgang Ehrenlechner (KV Berchtesgadener Land), Andreas Krahl (KV Garmisch-Partenkirchen), Oliver Haas (KV München)

## **A3 Mehr Fairness & Transparenz für zukünftige Lehrer\*innen im 1. Staatsexamen**

Antragsteller\*in: Andreas Wagner (KV Mühldorf)

1 Die Corona-Krise wirkt wie ein Brennglas auf den Lehrermangel an bayerischen  
2 Schulen. Um endlich nachhaltig für mehr motivierten Nachwuchs zu sorgen und die  
3 Attraktivität des Lehramts als Beruf zu verbessern, müssen die  
4 Prüfungsbedingungen des 1. Staatsexamens dringend überarbeitet werden.

5 Als Grüne setzen wir uns für einen modernen, zukunftsfähigen Standard unseres  
6 Bildungssystems und Wissenschaftssystems ein. Deshalb fordern wir eine  
7 Optimierung der diagnostischen Gütekriterien des 1. Staatsexamens in den  
8 Hauptfächern angehender Lehrkräfte, um Qualität, Fairness,  
9 Auswertungsobjektivität und Transparenz zu verbessern.

### **Begründung**

1. Professor\*innen werden vom Kultusministerium bislang dazu angehalten keine Musterlösungen zu den von ihnen erstellten Examensaufgaben mitzuschicken. Die Prüfer anderer Universitäten wissen somit nicht, wie der Erwartungshorizont der Aufgabensteller\*in ist und muss somit eine eigene Musterlösung erstellen. Folge: Zur gleichen Examensaufgabe werden unabhängig voneinander bayernweit mehrere Musterlösungen erstellt. Die erreichte Punktzahl bei gleicher Leistung ist somit von Prüfer\*in zu Prüfer\*in unterschiedlich und die Auswertungsobjektivität verletzt. Maßnahmvorschlag: Bereitstellung eines Erwartungshorizontes mit festen Kriterien zusammen mit den Aufgaben (Best Practice). Dies würde auch die Korrekturzeit verringern.

2. Universitäten bieten derzeit aufgrund ihrer Schwerpunkte in unterschiedlichen Fachgebieten auch unterschiedliche Kurse an. Somit werden beispielsweise in der Biologie manche Themengebiete während des Studiums gar nicht abgedeckt, obwohl sie für das Staatsexamen prüfungsrelevant sind. (Ähnlich ist es auch bei Examensvorbereitungskursen, die sich von Uni zu Uni hinsichtlich ihrer Qualität unterscheiden). Folge: Student\*innen aus unterschiedlichen Universitäten treten die Examensprüfung mit unterschiedlichen Grundvoraussetzungen an, weshalb die Fairness verletzt wird. Maßnahmvorschlag: Erstellung eines grundlegenden bayernweiten Stoffkatalogs für jedes Hauptfach mit entsprechenden Angeboten für die Studierenden durch die Universitäten. Universitäre Schwerpunkte sollen weiterhin bestehen bleiben und dieses grundlegende Angebot ergänzen.

Dies sind nur zwei von vielen Aspekten, die eine Modernisierung des Staatsexamens erfordern. Weitere Mängel, die einer Verbesserung bedürfen:

- o Nicht nachvollziehbare Bewertung der Korrektur bei Einsicht der Prüfung
- o Nicht eindeutig gestellten Aufgaben, welche zuviel Spielraum für die Beantwortung lassen
- o Zu spezialisierte Aufgabenstellungen, welche kaum oder gar nicht vom Lehrplan der zukünftigen Lehrkräfte abgedeckt werden.

Die Studierenden des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands führen noch weitere wichtige Punkte in ihrer #Stexit-Petition auf und es ist zu empfehlen, diese auch zu unterstützen. Link: <https://studierende.bliv.de/engagement/bildungspolitik/stexit/stexit-petition/stexit-die-petition-fuer-ein-faires-erstes-staatsexamen/>

### **Unterstützer\*innen**

Bianca Hegmann (KV Mühldorf), Joachim Kraus (KV Mühldorf), Tamara Martin (KV Mühldorf), Sophia Aigner (KV Mühldorf), Janina Huber (KV Mühldorf), Christoph Schützenhofer (KV Mühldorf), Christoph Arz (KV Mühldorf), Judith Bogner (KV Mühldorf), Astrid Klimbacher (KV Mühldorf), Rainer Stöger (KV Mühldorf), Anna Sax (KV Mühldorf), Kerstin Daser (KV Mühldorf), Gabi Richter (KV Mühldorf), Philipp Diwo (KV Mühldorf), Carola Uldahl (KV Mühldorf), Monika Ott (KV Mühldorf), Klaus-Jürgen Falk (KV Mühldorf), Markus Schebesta (KV Mühldorf), Andreas Gummingner (KV Mühldorf), Matthias Kraft (KV Mühldorf), Sabine Kluge (KV Mühldorf), Denise Weise (KV Mühldorf), Rudolf Schmidhuber (KV Mühldorf), Elvira Maier-Preuschl (KV Mühldorf), Zacharias Spörl (KV Mühldorf)

## **A4 Für gute Arbeit: Beschäftigte schützen und Arbeitsbedingungen verbessern**

Antragsteller\*in: Ami Lanzinger (KV Erding)

1 Nach vielen Jahren der Diskussion und der mühsamen Arbeit von Gewerkschaften und  
2 europäischen Unterstützungsorganisationen wie dem Verband der europäischen  
3 Wanderarbeiter, kommt mit der Corona-Krise wieder neuer Schwung in die Debatte  
4 über die unsäglichen Arbeitsbedingungen in der deutschen Fleischindustrie, der  
5 Arbeit im Baugewerbe und in der Saisonarbeit im Rahmen der Obst- und Gemüseernte  
6 landwirtschaftlicher Betriebe. Besonders hier werden Beschäftigte, meist aus  
7 Osteuropa, sozial ungesichert und zu Niedriglöhnen über Subunternehmen  
8 beschäftigt. Gleichzeitig werden die gesetzlichen Regeln von Arbeitszeiten,  
9 Unterbringung und Arbeitsschutz zu wenig beachtet.

10 Werkverträge sind per se erst einmal nichts Schlechtes. Wir schließen sie ab,  
11 wenn wir Handwerker\*innen mit einer Leistung beauftragen oder ein Unternehmen  
12 beauftragt mit einem Werkvertrag ein IT-Unternehmen mit der Wartung seiner  
13 Server. Kritisch wird die Situation allerdings, wenn tausende von Arbeiter\*innen  
14 aus EU-Ländern über Werkverträge im Unternehmen mit bestimmten Tätigkeiten in  
15 deren Kerngeschäft beauftragt werden, die sie zwar meist mit eigenem Werkzeug,  
16 aber ohne eigenständige Handlungsspielräume durchführen müssen. Die  
17 Beschäftigten werden rücksichtslos ausgebeutet. Sie arbeiten für niedrige Löhne,  
18 zehn oder mehr Stunden, sechs Tage die Woche. Sie werden in engen Unterkünften  
19 zusammengepfercht und in vollgestopften Bussen zu den Schichten gefahren. Diese  
20 Geschäftsmodell hat keine Daseinsberechtigung.

21 Die Bundesregierung hat unter dem Eindruck der Corona-Krise nach langer  
22 Tatenlosigkeit endlich Teile der Probleme erkannt. In der Fleischindustrie gibt  
23 es mit dem Eckpunktepapier der Bundesregierung, das ein Verbot der  
24 Werkvertragsbeschäftigung vorsieht, erste Fortschritte. Wir fordern daher das  
25 sofortige Verbot dieser Werkverträge und fordern die Bundesregierung auf, dieses  
26 Verbot der Werkverträge auch in einem Gesetz festzuschreiben. Damit ist das  
27 Problem allerdings nur in einer Branche teilweise eingedämmt. Weitere Schritte  
28 zu einer gerechten Entlohnung, einer sozialen Absicherung und einem  
29 ausreichendem Arbeitsschutz müssen folgen!

30 Ein wichtiger Punkt sind die Arbeitsbedingungen in den Betrieben. Es müssen  
31 weitere Maßnahmen folgen, welche die Beschäftigten aus den Netzen der  
32 Subunternehmen lösen, die heute Teile des Lohns einbehalten und ihn häufig mit

33 der Fahrt nach Deutschland, dem Transport zur Arbeitsstätte, den Kosten der  
34 Unterkunft und der Versorgung mit Essen verrechnen. Es benötigt eine Anrechnung  
35 von Wege- und Umkleidezeiten für die notwendige Schutz- und Arbeitskleidung auf  
36 die Arbeitszeit. Der\*die Arbeitgeber\*in muss diese und alle weiteren nötigen  
37 Arbeitsmittel zur Verfügung stellen.

38 Für die lange überfällige Möglichkeit zur Mitbestimmung braucht es dazu starke  
39 Betriebsräte und Gewerkschaften, die für die Interessen der Beschäftigten  
40 eintreten und Organisationen wie das Projekt „Faire Mobilität“, die die  
41 Beschäftigten in ihrer Sprache beraten und für ihre Interessen eintreten. Die  
42 Bundesregierung machte hier mit dem Beschluss, das Projekt langfristig zu  
43 finanzieren, einen wichtigen Schritt. Beschäftigte, die sich nicht ausreichend  
44 in deutscher Sprache verständigen können, über Ketten von Subunternehmen  
45 beschäftigt werden und häufig ihre eigenen Arbeitsverträge nicht kennen, sind  
46 ein leichtes Opfer für skrupellose Vermieter\*innen und Subunternehmer\*innen.  
47 Durch Beratung in verschiedenen Sprachen und Aufklärung kann hier bereits  
48 einiges erreicht werden.

49 Wir benötigen Mindeststandards für den Wohnraum von Unterkünften für  
50 Beschäftigte, die aus anderen Ländern für Monate und Jahre nach Deutschland  
51 kommen. Ausreichende Sanitäreinrichtungen, Sozialräume, Kochmöglichkeiten, die  
52 Begrenzung der Zahl von Menschen je Schlafräum, die Chance auf eigene  
53 Sozialsphäre und die daraus folgende Mindestquadratmeterzahl pro Person. Das  
54 alles zu verhältnismäßigen Mietpreisen gemessen an den ortsüblichen Miethöhen.  
55 Diese Bedingungen sollten für Menschen in Deutschland im 21. Jahrhundert eine  
56 Selbstverständlichkeit sein und kein Gut, wofür die Betroffenen kämpfen müssen.  
57 Neben diesen Mindeststandards braucht es auch hier regelmäßige Kontrollen.

58 Die Zuständigkeit für die Kontrollen der Unterkünfte nach Arbeitsstättengesetz  
59 beispielsweise liegt bei den Gemeinden, die ihren Aufgaben häufig nicht  
60 nachgekommen sind, weil Werkvertragsbeschäftigte zwar in ihren Gemeinden in  
61 Sammelunterkünften lebten, die Betriebe, bei denen sie beschäftigt waren, sich  
62 jedoch in entfernten Nachbargemeinden befanden. Den Behörden fehlte so häufig  
63 die Kenntnis des Problems, wenn von Subunternehmen selbst z.B. Lagerräume  
64 angemietet wurden, in denen viele Beschäftigte untergebracht wurden. Wir  
65 benötigen viel mehr Kontrollen, die über Arbeitszeiten, Arbeitsbedingungen,  
66 Pausen, Arbeitsschutz und der Einhaltung der Tarifverträge wachen. Die  
67 Beweislast muss bei den Betrieben liegen. Diese Kontrollen sollten in einer  
68 Organisation, etwa der Bundeszollverwaltung, gebündelt werden, um den vielen  
69 schwarzen Schafen in der Branche nicht die Möglichkeit zu geben, die  
70 Kontrolleur\*innen gegeneinander auszuspielen. Die Umsetzung dieser Forderung  
71 kann nur funktionieren, wenn das Personal zur Kontrolle der Missstände massiv  
72 ausgebaut wird. In den letzten Jahren kam es bei den zuständigen  
73 Gewerbeaufsichtsämtern zu einem starken Ausdünnen der Personaldecke, hunderten  
74 unbesetzten Stellen und damit auch zu einer Verringerung der Kontrollen in den  
75 Betrieben. Zusätzlich braucht es eine elektronische und manipulationssichere

76 Arbeitszeiterfassung. Ein wichtiger Punkt zur Verfolgung der Missstände und zur  
77 Benennung der Verantwortlichen ist darüber hinaus die Nachunternehmerhaftung  
78 beim Arbeitsschutz.

79 Grundsätzlich benötigen wir ein Verbot der langen Ketten von Subunternehmen.  
80 Häufig können sowohl die zuständigen Behörden als auch die Beschäftigten selbst  
81 nicht mehr erkennen, wo sie unter welchen rechtlichen Bedingungen beschäftigt  
82 sind. Es muss folglich immer und bei allen Beschäftigten erkennbar sein, wo sie  
83 angestellt sind, welchem Tarifvertrag sie unterliegen und welche Unternehmen  
84 möglicherweise von ihrer Beschäftigung profitieren.

85 Wir fordern daher:

- 86 • Ein sofortiges Verbot der Werkverträge in der Fleischindustrie
- 87 • Eine Aufstockung des Personals beim Arbeitsschutz und der  
88 Lebensmittelhygiene
- 89 • Eine Nachunternehmerhaftung der einstellenden Betriebe in der  
90 Fleischindustrie im Bereich Arbeitsschutz
- 91 • Eine deutliche Einschränkung der Möglichkeiten Beschäftigte über  
92 Subunternehmen zu beschäftigen bzw. die Pflicht, diese  
93 Beschäftigungsketten jederzeit nachvollziehbar und dauerhaft transparent  
94 zu machen
- 95 • Eine klare Definition der Mindeststandards von Gemeinschaftsunterkünften  
96 hinsichtlich der Anforderungen z.B. an die Sanitäreinrichtungen und  
97 Gemeinschaftsräume (Küchen etc.) sowie eine Begrenzung der Möglichkeit,  
98 mehrere Beschäftigte in einem Raum unterzubringen und damit eine  
99 Mindestquadratmeterzahl pro Person
- 100 • Beschäftigung in Deutschland muss immer in Verbindung mit dem Erwerb von  
101 Leistungen der Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung  
102 stehen, damit ein Ende der Sonderregelungen für Beschäftigung im Obst- und  
103 Gemüseanbau
- 104 • Eine einheitliche Kontrollstelle zur Überprüfung der Einhaltung von  
105 Arbeitszeiten, Arbeitsschutz- und Arbeitsstättenvorschriften und aller  
106 geltenden Gesetzen sowie ausreichend Personal, Kontrollen regelmäßig  
107 durchzuführen
- 108 • Die Bereitstellung aller nötigen Arbeitsmittel ohne Anrechnung auf das  
109 Gehalt

- 110 • Die Anrechnung von Weg- und Umkleidezeiten auf die Arbeitszeit
- 111 • Die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen verschiedenen  
112 Kontrollbehörden wie Lebensmittelüberwachung, Gesundheitsämtern und  
113 Gewerbeaufsicht zu verstärken
- 114 • Die Betriebsräte an einem Standort müssen für die gesamte Belegschaft  
115 zuständig sein
- 116 • Verpflichtende landeseinheitliche Hygienekonzepte in der Fleischindustrie  
117 einzuführen

### **Unterstützer\*innen**

Tina Winklmann (KV Schwandorf), Timm Schulze (KV Bamberg Stadt), Norbert Waibel (KV München), Eva Lettenbauer (KV Donau-Ries), Florian Siekmann (KV München), Verena Osgyan (KV Nürnberg), Sebastian Hansen (KV Würzburg), Franziska Büchl (KV München), Stefan Christoph (KV Regensburg), Elli Wolf (KV Amberg-Sulzbach), Axel Lindner (KV Erlangen Land), Carla Ober (KV Erlangen Stadt), Serdar Akin (KV Augsburg), Angelica Schieder (KV Landshut), Andreas Tschorsch (KV Landsberg am Lech), Lena Werner (KV Main-Spessart), Stephan Korb (KV Weiden), Mina Himmelstoß (KV Traunstein), Dirk Schneider (KV Bamberg Stadt), Maria Wißmiller (KV München), Arne Brach (KV München), Irmgard Lichtinger (KV München), Olav Dornberg (KV Aschaffenburg Land), Melanie Melitta Hipke (KV Augsburg), Michael Trzebiatowski (KV Nürnberg), Clara Weißenfels (KV München), Constantin Jahn (KV Dillingen), Judith Bogner (KV Mühldorf), Frank Dürsch (KV München), Leon Eckert (KV Freising), Andreas Gumminger (KV Mühldorf), Wolfgang Ehrenlechner (KV Berchtesgadener Land), Benedikt Clemens Mader (KV Erlangen-Stadt), Andreas Krahl (KV Garmisch-Partenkirchen), Oliver Haas (KV München)

## **A5 Verkehr ANDERS DENKEN**

Antragsteller\*in: Brunhilde Rothdauscher (KV Rosenheim)

1 **Verkehr ANDERS DENKEN!**

2 **Exemplarisch am Brenner Nordzulauf betrachtet.**

3 Um die Pariser Klimaschutzziele zu erreichen, muss die Verkehrswende möglichst  
4 schnell umgesetzt werden. Schließlich verzeichnet der Verkehrssektor weiterhin  
5 wachsende CO2-Emissionen. Spätestens in 30 Jahren dürfen wir keine fossilen  
6 Treibstoffe mehr verwenden. Die Bahn ist die Form der Elektromobilität, die  
7 heute schon in großem Stil funktioniert. Zusammen mit der Energiewende ist die  
8 Bahn für uns der zentrale Baustein klimaneutraler Mobilität. Deswegen müssen  
9 Personen- und Güterverkehr in sehr großem Umfang verbindlich von der Straße auf  
10 die Schiene verlagert werden. Das gilt besonders für den alpenquerenden Verkehr  
11 und ebenso für den Flugverkehr auf kurzen und mittleren Distanzen.

12 Die GRÜNEN kritisieren die Bundesregierung, dass sie:

- 13 • bis heute keine Strategie vorgelegt hat, wie eine massive Verlagerung des  
14 Güter- und Personenverkehrs bundesweit und international auf die Schiene  
15 erfolgen kann,
- 16 • kein Gesamtkonzept vorgelegt hat, wie ein das Schienennetz bundesweit  
17 ausgebaut werden muss, um eine massive Zunahme des Eisenbahnverkehrs zu  
18 ermöglichen,
- 19 • keine Ansätze zu einer adäquaten Einpreisung der Folgekosten des Verkehrs  
20 oder anderer Strategien zur Verkehrsvermeidung verfolgt,
- 21 • keine Planungen verfolgt, wie der Mehrverkehr auf der Schiene infolge des  
22 Brenner-Basistunnels jenseits des Planungsabschnitts Staatsgrenze-Grafing  
23 hinaus weitergeführt werden soll (Knoten München, Rosenheim-Mühldorf,  
24 Rosenheim-Freilassing).

25 Ferner kritisieren die GRÜNEN, dass weder die Bundesregierung noch die  
26 Bayerische Staatsregierung ein Maßnahmenpaket entwickelt haben, das der vom  
27 Schienenausbau betroffenen Region Rosenheim spürbare Vorteile im Nahverkehr,

28 beim Lärmschutz und anwohner- und naturverträglicher Bauweise entgegenkommt.  
29 Damit haben Bundes- und Staatsregierung Widerstand gegen den Schienenausbau  
30 entfacht, anstatt gemeinsam mit der Region eine bestmöglichen Lösung zu finden,  
31 die den nötigen Kapazitätsausbau dieser internationalen Schienenachse mit  
32 größtmöglichen Nutzen für die Region vereint.

33 Deshalb verfolgen die GRÜNEN folgende Ziele:

- 34 • **Für den öffentlichen Nahverkehr:** Ein umfassend verstärkter und  
35 verbesserter öffentlicher Personennahverkehr mit einem S-Bahn-ähnlichen  
36 Angebot für den Linienstern Rosenheim. Dazu ein engmaschiger und dicht  
37 getakteter Bus- und Bedarfsverkehr in der Region Rosenheim mit Stundentakt  
38 in jedem Ort von früh um 5:00 Uhr bis 24:00 Uhr und Anschluss an den  
39 Schienenverkehr. Dadurch erreichen wir eine deutliche Entlastung des  
40 Straßenverkehrs.
  
- 41 • **Für den Personenfernverkehr:** Erheblich ausgeweitete Reiseverbindungen im  
42 Fernverkehr sowie Nachtzugverbindungen zwischen Deutschland, Österreich  
43 und Italien, eingebunden in den deutschlandweiten Taktfahrplan  
44 „Deutschlandtakt“.
  
- 45 • **Für den Güterverkehr:** Massive und zwingende Verlagerung des Güterverkehrs  
46 von der Straße auf die Schiene durch wirksame Maßnahmen wie eine  
47 Korridormaut von München bis Verona oder eine internationale  
48 Alpentransitbörse. Eine adäquate Bepreisung des Güterverkehrs durch den  
49 hochsensiblen Alpenraum hilft, unnötige Verkehre zu vermeiden. Der  
50 vervielfachte Güterverkehr auf der Schiene wird eingebettet in ein  
51 Gesamtkonzept zur Weiterführung der Züge über Rosenheim hinaus. Damit  
52 erreichen wir eine tiefgreifende Verringerung der Staus und des LKW-  
53 Aufkommens.
  
- 54 • **Für mehr Lärmschutz:** Sowohl auf der Bestandsstrecke von München-Trudering  
55 bis Kiefersfelden als auch auf der Neubaustrecke realisieren wir  
56 Lärmschutz nach den höheren Grenzwerten der Lärmvorsorge und fordern  
57 besonders hohe Lärmschutzstandards.
  
- 58 • **Für den Schutz der Bevölkerung und der Natur:** Die sensible Topographie des  
59 Alpenvorlands und der Alpenregion berücksichtigen wir durch eine  
60 landschafts- und anwohnerfreundliche Trassierung, die wie im Tiroler  
61 Inntal in weiten Teilen im Tunnel oder in Trögen verläuft. Die  
62 unterirdische Führung minimiert den Flächenverbrauch und sichert wertvolle  
63 landwirtschaftliche Flächen im engen Inntal sowie ökologisch wichtige  
64 Biotope.

- 65
- **Für die Bahn als Rückgrat der Verkehrswende:** Die Eisenbahn wird zum Rückgrat der Verkehrswende. Güter gehören auf die Bahn, dafür sorgen wir. Eine gut ausgebaute Bahn kann mehr als doppelt so viele Passagiere pünktlicher und schneller befördern als heute. Das Reisen mit der Bahn wird komfortabel und macht Freude. Der vorgesehene Ausbau der Autobahn und weiterer Fernstraßen wie der B15neu in der Region wird überflüssig.
- 66  
67  
68  
69  
70

71 Die zwei bestehenden Gleise von Grafing bis Rosenheim und im Inntal bis  
72 Kiefersfelden reichen kurz- bis mittelfristig mit technischer Aufrüstung aus, um  
73 den zusätzlichen Bahnverkehr nach Fertigstellung des Brenner-Basistunnels  
74 aufzunehmen. Um unsere Forderungen nach mehr Gütern auf die Schiene realisieren  
75 zu können ist Kapazitätsausbau erforderlich. Die notwendige Infrastruktur muss  
76 großräumig geplant werden.

## Begründung

Im Bundesverkehrswegeplan 2030 ist für die Strecke Trudering-Kiefersfelden eine Hochleistungsstrecke v<sub>max</sub>.230km/h mit einem zusätzlichen 3.u.4. Gleis geplant.

Das bestehende Verfahren zum BBT-Nordzulauf ist Verfassungsrechtlich strittig - ein Fachanwalt spricht von Willkür. Dies ist zu klären.

Strittige Punkte im laufenden Planungsdialog:

- Je nach Streckenführung der 5 Grobtrassen verliert der Personennahverkehr durch eine Verlagerung von Bahnhöfen aus Ortszentren in ortsentferne Verknüpfungsstellen erheblich an Attraktivität, da die Fußläufigkeit zu lokalen Zentren bzw. Schulen etc. nicht mehr vorhanden ist.
- Durch notwendige Verknüpfungsstellen, lange Steigungs- und Gefällstrecken, sowie großen Kurvenradien entsteht ein erheblicher Flächenverbrauch (ca. 240 – 260 ha).
- Auf Grund dieses hohen Flächenbedarfs ist die Existenzgrundlage von landwirtschaftlichen Betrieben gefährdet.

Da das Raumordnungsverfahren (ROV) derzeit läuft kann hier GRÜNE Position gezeigt werden.

## Unterstützer\*innen

Peter Margraf (KV Rosenheim), Hubert Lingweiler (KV Rosenheim), Irmis Bartel (KV Rosenheim), Jakob Mangold-Boldt (KV Rosenheim), Martina Visser (KV Rosenheim),

Manfred Jande (KV Rosenheim), Anita Fuchs (KV Rosenheim), Walter Mini (KV Rosenheim), Gaby Schweinsteiger (KV Rosenheim), Heinz Rothdauscher (KV Rosenheim), Silvia Ruhenstroth (KV Rosenheim), Andrea Jande (KV Rosenheim), Georg Bartel (KV Rosenheim), Josip Lackovic (KV Rosenheim), Dieter Fuchs (KV Rosenheim), Eberhard Ruhenstroh (KV Rosenheim), Else Huber (KV Rosenheim), Daniela Dickhoff (KV Rosenheim), Rüdiger Voit (KV Rosenheim), Leonhard Hinterholzer (KV Rosenheim), Martina Thalmayer (KV Rosenheim), Oliver Haas (KV München)

**A6 Für Klimaschutz und Verkehrswende: Ausbau des Brenner-Nordzulaufs zügig voranbringen, Vorteile für die Region Rosenheim realisieren!**

Antragsteller\*in: Landesvorstand, Bezirksvorstand  
Oberbayern, Dr. Markus Büchler (KV  
München-Land), Katharina Schulze (KV  
München-Stadt), Ludwig Hartmann (KV  
München-Stadt), Dr. Anton Hofreiter (KV  
München-Land), Niklas Dehne (KV  
Würzburg), Alexander Kahl (KV Nürnberg)

1 Um die Pariser Klimaschutzziele zu erreichen, muss die Verkehrswende möglichst  
2 schnell umgesetzt werden. Schließlich verzeichnet der Verkehrssektor weiterhin  
3 wachsende CO<sub>2</sub>-Emissionen. Spätestens in 30 Jahren dürfen wir keine fossilen  
4 Treibstoffe mehr verwenden. Die Bahn ist die Form der Elektromobilität, die  
5 heute schon in großem Stil funktioniert. Zusammen mit der Energiewende ist die  
6 Bahn für uns der zentrale Baustein klimaneutraler Mobilität. Deswegen müssen  
7 Personen- und Güterverkehr in sehr großem Umfang verbindlich von der Straße auf  
8 die Schiene verlagert werden. Das gilt besonders für den alpenquerenden Verkehr  
9 und ebenso für den Flugverkehr auf kurzen und mittleren Distanzen wie von Bayern  
10 nach Italien.

11 Die GRÜNEN kritisieren die Bundesregierung, dass sie:

- 12 • bis heute keine Strategie vorgelegt hat, wie eine massive Verlagerung des  
13 Güter- und Personenverkehrs bundesweit und international auf die Schiene  
14 erfolgen kann,
- 15 • kein Gesamtkonzept vorgelegt hat, wie ein das Schienennetz bundesweit  
16 ausgebaut werden muss, um eine massive Zunahme des Eisenbahnverkehrs zu  
17 ermöglichen,
- 18 • keine Ansätze zu einer adäquaten Einpreisung der Folgekosten des Verkehrs  
19 oder anderer Strategien zur Verkehrsvermeidung verfolgt,
- 20 • mit den Planungen für den Brenner-Nordzulauf viel zu spät begonnen hat,  
21 obwohl die Zulaufstrecke in Tirol seit vielen Jahren fertig ist und der  
22 Brenner-Basistunnel 2030 in Betrieb gehen soll,

- 23 • keine Planungen verfolgt, wie der Mehrverkehr auf der Schiene infolge des  
24 Brenner-Basistunnels jenseits des Planungsabschnitts Staatsgrenze-Grafiing  
25 hinaus weitergeführt werden soll (Knoten München, Rosenheim-Mühldorf,  
26 Rosenheim-Freilassing).

27 Ferner kritisieren die GRÜNEN, dass weder die Bundesregierung noch die  
28 Bayerische Staatsregierung ein Maßnahmenpaket entwickelt haben, das der vom  
29 Schienenausbau betroffenen Region Rosenheim spürbare Vorteile im Nahverkehr,  
30 beim Lärmschutz und anwohner- und naturverträglicher Bauweise entgegenkommt.  
31 Damit haben Bundes- und Staatsregierung Widerstand gegen den Schienenausbau  
32 entfacht, anstatt gemeinsam mit der Region eine bestmöglichen Lösung zu finden,  
33 die den nötigen Kapazitätsausbau dieser internationalen Schienenachse mit  
34 größtmöglichen Nutzen für die Region vereint.

35 Deshalb verfolgen die GRÜNEN folgende Ziele:

- 36 • **Für den öffentlichen Nahverkehr:** Ein umfassend verstärkter und  
37 verbesserter öffentlicher Personennahverkehr mit einem S-Bahn-ähnlichen  
38 Angebot für den Linienstern Rosenheim. Dazu ein engmaschiger und dicht  
39 getakteter Bus- und Bedarfsverkehr in der Region Rosenheim mit Stundentakt  
40 in jedem Ort von früh um 5:00 Uhr bis 24:00 Uhr und Anschluss an den  
41 Schienenverkehr. Dadurch erreichen wir eine deutliche Entlastung des  
42 Straßenverkehrs.
- 43 • **Für den Personenfernverkehr:** Erheblich ausgeweitete und beschleunigte  
44 Reiseverbindungen im Fernverkehr sowie Nachtzugverbindungen zwischen  
45 Deutschland, Österreich und Italien, eingebunden in den deutschlandweiten  
46 Taktfahrplan „Deutschlandtakt“.
- 47 • **Für den Güterverkehr:** Massive und zwingende Verlagerung des Güterverkehrs  
48 von der Straße auf die Schiene durch wirksame Maßnahmen wie eine  
49 Korridormaut von München bis Verona oder eine internationale  
50 Alpentransitbörse. Eine adäquate Bepreisung des Güterverkehrs durch den  
51 hochsensiblen Alpenraum hilft, unnötige Verkehre zu vermeiden. Der  
52 vervielfachte Güterverkehr auf der Schiene wird eingebettet in ein  
53 Gesamtkonzept zur Weiterführung der Züge über Rosenheim hinaus. Damit  
54 erreichen wir eine tiefgreifende Verringerung der Staus und des LKW-  
55 Aufkommens.
- 56 • **Für mehr Lärmschutz:** Sowohl auf der Bestandsstrecke von München-Trudering  
57 bis Kiefersfelden als auch auf der Neubaustrecke realisieren wir  
58 Lärmschutz nach den höheren Grenzwerten der Lärmvorsorge und fordern  
59 besonders hohe Lärmschutzstandards wie im österreichischem Unterinntal  
60 oder am Oberrhein.

- 61
- 62
- 63
- 64
- 65
- 66
- 67
- **Für den Schutz der Bevölkerung und der Natur:** Die sensible Topographie des Alpenvorlands und der Alpenregion berücksichtigen wir durch eine landschafts- und anwohnerfreundliche Trassierung, die wie im Tiroler Inntal in weiten Teilen im Tunnel oder in Trögen verläuft. Die unterirdische Führung minimiert den Flächenverbrauch und sichert wertvolle landwirtschaftliche Flächen im engen Inntal sowie ökologisch wichtige Biotope.
- 68
- **Für die Bahn als Rückgrat der Verkehrswende:** Die Eisenbahn wird zum Rückgrat der Verkehrswende. Güter gehören auf die Bahn, dafür sorgen wir. Eine gut ausgebaute Bahn kann mehr als doppelt so viele Passagiere pünktlicher und schneller befördern als heute. Das Reisen mit der Bahn wird komfortabel und macht Freude. Der vorgesehene Ausbau der Autobahn und weiterer Fernstraßen wie der B15neu in der Region wird überflüssig.
- 69
- 70
- 71
- 72
- 73

74 Die zwei bestehenden Gleise von Grafing bis Rosenheim und im Inntal bis  
75 Kiefersfelden reichen auch mit technischer Aufrüstung nicht aus, um den  
76 zusätzlichen Bahnverkehr nach Fertigstellung des Brenner-Basistunnels  
77 aufzunehmen. Dazu brauchen wir die notwendige Infrastruktur. Deshalb wollen wir  
78 den Ausbau der Schienenkapazitäten auf vier Gleise zügig realisieren. Dies  
79 entspricht dem gesetzlich festgestellten Bedarf und ist Grundlage des  
80 derzeitigen Raumordnungsverfahrens.

## Begründung

Die Klimakrise hat drastische Folgen, wenn wir nicht handeln. Für unsere grünen Ziele im Klimaschutz und bei der Verkehrswende brauchen wir den Ausbau des Brenner-Nordzulaufs als einen wichtigen Baustein – neben sehr vielen anderen Aus- und Neubaumaßnahmen in Bayern bzw. Deutschland.

Wir wollen den Personenverkehr auf der Schiene vermehren und verstärken, sowohl im öffentlichen Nahverkehr als auch im Fernverkehr. Und wir wollen große Teile des Güterverkehrs verbindlich von der Straße auf die Schiene verlagern. Auch zum Flugverkehr brauchen wir Alternativen auf der klimaschonenden Schiene. Deshalb muss die Kapazität der Eisenbahnstrecken und der Bahnknoten deutlich erhöht werden.

Die Aufrüstung der Bahnstrecke von Trudering bis Grafing und die zweigleisige Neubaustrecke von Grafing bis Kiefersfelden ist ein Baustein von vielen zum Erreichen der Pariser Klimaziele. Viele weitere Bausteine fehlen und sind von der Bundesregierung noch nicht begonnen worden. Das kann aber kein Grund sein, diesen Baustein abzulehnen.

Unabhängig davon wollen wir Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung ergreifen. Dazu zählt die Internalisierung externer Kosten sowie eine Alpentransitbörse, die unnötige Güterverkehre vermeiden helfen aber auch Strategien zur Nutzung der Chancen der Digitalisierung, die die Zahl der Dienstreisen und Arbeitswege reduzieren.

## A6 Für Klimaschutz und Verkehrswende: Ausbau des Brenner-Nordzulaufs zügig voranbringen, Vorteile für die Region Rosenheim realisieren!

---

Mit einem Maßnahmenpaket, das umfangreiche Vorteile für die Menschen in der Region Rosenheim bietet, wollen wir auf den Widerstand in den vom Ausbau betroffenen Gemeinden antworten und von der Sinnhaftigkeit des Projekts überzeugen. Möglichst alle sollen vom Ausbau der Schieneninfrastruktur profitieren. Mit einem massiv verbesserten Nahverkehr durch Bus und Bahn, Lärmschutz mit Neubaustandard auch auf der Bestandsstrecke und einer weitgehend unterirdischen Trassenführung der Neubaustrecke kann dies gelingen.

### **Unterstützer\*innen**

Fabian Norden (KV München), Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt), Andreas Gummingner (KV Mühldorf), Oliver Haas (KV München)

## **A7 Stark gegen Rassismus - Für eine solidarische Gesellschaft, die die Würde jedes Menschen schützt**

Antragsteller\*in: Claudia Roth (KV Augsburg-Stadt),  
Landesvorstand, Katharina Schulze (KV  
München-Stadt), Gülseren Demirel (KV  
München-Stadt), Cemal Bozoglu (KV  
Augsburg-Stadt)

1 Der gewaltsame Tod von George Floyd nach einem brutalen Polizeieinsatz in  
2 Minneapolis macht die tiefe und strukturelle Diskriminierung von Schwarzen und  
3 People of Color (PoC) in den USA erneut sichtbar. Wir unterstützen das Anliegen  
4 und die friedlichen Proteste der weltweiten #BLACKLIVESMATTER Bewegungen, unsere  
5 Solidarität gilt allen Menschen, die von Rassismus betroffen sind - in den USA,  
6 weltweit, und eben auch hierzulande.

7 Auch Deutschland hat ein strukturelles Problem mit Rassismus. Davor haben PoCs,  
8 Schwarze Menschen, Muslim\*innen und Jüd\*innen sowie Sinti\*zze und Rom\*nja seit  
9 Jahren gewarnt und gemahnt. Doch sie wurden lange nicht gehört, ihre Angst wurde  
10 nicht ernst genommen, auch nicht nach Mölln, Solingen, dem NSU-Komplex, München,  
11 dem Mord an Walter Lübcke, Halle oder Hanau. Das muss sich ändern, denn  
12 Rechtsextremismus und rechter Terror treffen vor allem Menschen mit  
13 Rassismuserfahrung.

14 Rassismus entsteht nicht im luftleeren Raum. Einerseits sind da die Hetzer und  
15 Stichwortgeber\*innen, auch in unseren Parlamenten. Sie wollen, dass wir uns an  
16 ihre entgrenzte Sprache gewöhnen, an die Angriffe auf Minderheiten, an ihre  
17 Ideologie der Ungleichwertigkeit. Sie wollen nicht diskutieren, sondern Diskurs  
18 zerstören. Sie wollen ihren Hass salonfähig machen. Mehr denn je ist es Aufgabe  
19 aller Demokrat\*innen, sich dem mit aller Kraft entgegenzustellen.

20 Andererseits wäre es falsch, Rassismus allein als Phänomen der Extreme zu  
21 verklären; als ein Gift, das von außen auf uns einwirkt. Rassismus ist in  
22 unserer Gesellschaft fest verankert und allgegenwärtig. Er unterscheidet  
23 Menschen nach Herkunft, Kultur, Religion und weist einigen einen höheren,  
24 anderen einen niedrigeren Rang in der Gesellschaft zu – oft auch nur  
25 unterbewusst und niedrigschwellig. Für viele Menschen gehört dieser strukturelle  
26 Rassismus seit Jahrzehnten zum Alltag. In Form eines mal lauten, mal leisen  
27 Grundrauschens war und ist kultureller, ethnischer, auch antimuslimischer

28 Rassismus für viele Menschen in Deutschland schmerzhafteste alltägliche Erfahrung.  
29 An den Universitäten, in den Personalabteilungen, auf dem Wohnungsmarkt:  
30 Rassistisch bedingte Machtstrukturen haben System. Und nicht selten geht  
31 Rassismus einher mit Sexismus und Frauenfeindlichkeit.

32 Wenn es nicht bei bloßen Bekundungen bleiben soll, muss unsere unbedingte  
33 Solidarität deshalb weiter reichen. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass Menschen  
34 Angst haben, dass sie tagtäglich Diskriminierung und Rassismus ausgesetzt sind.  
35 Beweisen wir, dass wir an der Seite aller stehen, die von Diskriminierung und  
36 Ausgrenzung betroffen sind. Das geht nur, wenn die Perspektive der Menschen mit  
37 Rassismuserfahrung einbezogen und ernst genommen wird. Wir lassen nicht zu, dass  
38 alltäglicher Rassismus weiter kleingeredet wird, sondern wir gehen entschlossen  
39 dagegen vor - und nehmen dabei auch selbstkritisch unser eigenes Verhalten in  
40 den Blick.

41 Es reicht nicht, Rassismus und Rechtsextremismus rein sicherheitspolitisch zu  
42 bekämpfen, denn ihnen liegen gesamtgesellschaftliche Strukturen zu Grunde.  
43 Ebenso wenig reicht es nicht, nur die Symptome zu lindern, es ist an der Zeit  
44 das Problem an der Wurzel anzupacken. Kurzum: Gestalten wir gemeinsam eine  
45 Gesellschaft, in der die Würde jedes Menschen tatsächlich im Zentrum steht. Eine  
46 Gesellschaft, in der rassistische, rechtsextreme und antifeministische  
47 Bestrebungen möglichst wenig Nährboden vorfinden. Schaffen wir ein  
48 gesellschaftliches Klima, in dem die Leistungen der Einwanderungsgesellschaft  
49 gewürdigt und Diversität nicht nur als Realität, sondern auch als Stärke  
50 anerkannt wird. Eine solidarische Gesellschaft.

51 **Um Rassismus erfolgreich zu bekämpfen, brauchen wir gesamtgesellschaftliche**  
52 **Ansätze. Deshalb fordern wir:**

53 **1. Neues Staatsziel „Vielfalt in Einheit“ nach kanadischem Vorbild in**  
54 **Landesverfassung aufnehmen**

55 Das Bekenntnis zu Deutschland als Einwanderungsland wollen wir in unserer  
56 Landesverfassung verankern. Außerdem unterstützen wir auf Bundesebene die  
57 Forderung, eine neue Gemeinschaftsaufgabe im Sinne von Art. 91a GG  
58 „Gleichberechtigte Teilhabe, Chancengerechtigkeit und Integration“ zu  
59 formulieren, die sicherstellt, dass der Bund bei der Rahmenplanung und  
60 Finanzierung dieser Ziele, die Länder und Kommunen unterstützt. Die Gestaltung  
61 der Migrationsgesellschaft muss zukünftig stärker als gesamtstaatliche  
62 Verantwortung wahrgenommen werden.

63 **2. Begriff "Rasse" aus der Landesverfassung streichen**

64 Rassismus lässt sich nicht glaubwürdig bekämpfen, so lange der Begriff „Rasse“  
65

66 in unserer demokratischen Grundlage –unserem Grundgesetz und der Bayerischen  
67 Verfassung – beibehalten wird. Der Grundgedanke des Wortlautes suggeriert ein  
68 Menschenbild unterschiedlicher „Rassen“. Damit wird rassistischem Denken  
69 Vorschub geleistet. Darum setzen wir uns für die Streichung des Wortes „Rasse“  
aus der Bayerischen Verfassung und dem Grundgesetz ein.

70 Stattdessen soll normiert werden, dass niemand rassistisch benachteiligt werden  
71 darf. Auch wird diese Reform dafür genutzt, die staatliche  
72 Gewährleistungspflicht auf Schutz gegen jedwede gruppenbezogene Verletzung der  
73 gleichen Würde aller Menschen zu stärken.

### 74 **3. Antirassismusbeauftragte für den Freistaat Bayern**

75 Wir wollen Antirassismus und Demokratieförderung als Querschnittsaufgaben  
76 vorantreiben. Rassismus wurde in großen Teilen der deutschen Politik lange nicht  
77 als Problem betrachtet. Um dieses Defizit an Wissen, Erfahrungen und Expertise  
78 aufzuarbeiten und aufzuholen, wollen wir eine unabhängige Expert\*innenkommission  
79 einsetzen, die in der Bayrischen Staatskanzlei angesiedelt ist. Wir brauchen ein  
80 konsequentes Vorgehen gegen Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und  
81 sämtliche menschenfeindlichen Einstellungen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln.  
82 Die Expert\*innenkommission soll Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus  
83 entwickeln und deren Umsetzung koordinieren und „kontrollieren“. Ein\*e  
84 Antirassismusbeauftragte\*r soll zusätzlich alle Maßnahmen der Landesregierung zu  
85 Antirassismus in jeglicher Form wirksam bündeln und in einem jährlichen Bericht  
86 zu Erscheinungsformen und Entwicklungen des Rassismus in Bayern dem Landtag  
87 vorlegen. Durch den institutionalisierten Austausch zwischen Wissenschaft,  
88 Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden, zwischen Staatsschutz, Politik und  
89 Justiz, soll die Expert\*innenkommission nachhaltige Strategien gegen Rassismus  
90 für den Freistaat Bayern entwickeln.

### 91 **4. Demokratieförderung als eigenständigen Aspekt im Gemeinnützigkeitsrecht** 92 **verankern**

93 Vereine und Einrichtungen, die sich für unsere Demokratie einsetzen, sind das  
94 Rückgrat des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Deshalb müssen die  
95 Rechtssicherheit und die Gleichbehandlung verschiedener zivilgesellschaftlicher  
96 Akteure sichergestellt werden. Der Einsatz für den Erhalt und die Förderung  
97 unserer Demokratie ist zweifellos gemeinnützig.

### 98 **5. Demokratiefördergesetz jetzt auf den Weg bringen und Landesaktionsplan** 99 **vorlegen**

100 Die Demokratieförderung auf kommunaler Ebene, auf Länder- und Bundesebene muss  
101 durch ein Demokratiefördergesetz sichergestellt, ausgebaut und dauerhaft  
102

103 abgesichert werden. Das Gesetz umfasst die Stärkung kommunaler und  
104 zivilgesellschaftlicher Strukturen. Ziel ist es, dass bundesweit Fördermittel  
105 zur niedrigschwelligen Förderung von Projekten lokaler zivilgesellschaftlicher  
106 Initiativen bereitgestellt werden können, die unbürokratisch vergeben werden.  
107 Flächendeckende mobile Beratungskapazitäten sollen sicherstellen, dass auch der  
strukturell schwache Raum erreicht wird.

108 Wir fordern die Landesregierung auf, einen ressortübergreifenden  
109 Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogene  
110 Menschenfeindlichkeit in Bayern zu erarbeiten. Wir wollen außerdem die Erhöhung  
111 der Ausgaben für Ko-Finanzierungen des Freistaats Bayern zum Bundesprogramm  
112 „Demokratie leben!“ zur Stärkung der Mobilen Beratung, der Opferberatung, der  
113 zivilgesellschaftlichen Aussteigerarbeit, der außerschulischen Bildungsarbeit  
114 sowie für ein Förder- und Aktionsprogramm zur Unterstützung  
115 zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und  
116 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Um das Verwaltungshandeln für Demokratie  
117 und gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus sowie weitere Formen der  
118 gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit über alle Ebenen und Ressortgrenzen  
119 hinweg zu koordinieren, wollen wir außerdem eine „Koordinierungsstelle  
120 Demokratie“ einrichten, die alle Verwaltungsebenen bezüglich dieser  
121 Problemfelder sensibilisiert und die Verwaltung darüber hinaus mit der  
122 Zivilgesellschaft vernetzt.

## 123 **6. Politische Bildung als lebenslanges Lernen ernst nehmen**

124 Um sich mit den Grundwerten unserer Demokratie, mit Antirassismus, der  
125 kolonialen Vergangenheit und Rechtsextremismus auseinandersetzen zu können, ist  
126 politische und historische Bildung unerlässlich. Wir verstehen politische  
127 Bildung generationenübergreifend als Teil des lebenslangen Lernens, das gezielt  
128 gefördert werden muss, insbesondere in strukturschwachen Regionen. Wesentlich  
129 dabei ist, die Voraussetzungen zu schaffen, dass Bürger\*innen im Prozess der  
130 politischen Meinungsbildung Debatten besser reflektieren und einordnen können;  
131 dabei sind neben Jugendlichen auch stark berufsaktive Zielgruppen in den Blick  
132 zu nehmen. Dabei gilt es nicht nur die Bundes- und Landeszentralen für  
133 politische Bildung zu stärken, sondern auch die Expertise  
134 zivilgesellschaftlicher Organisationen, wie die  
135 Migrant\*innenselbstorganisationen, zu nutzen und diese dabei strukturell und  
136 finanziell einzubinden und zu fördern. Darum wollen wir unter anderem bei der  
137 Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit einen Interventionsfonds zur  
138 unbürokratischen Unterstützung lokaler Bündnisse auflegen, die sich für unsere  
139 Demokratie und gegen Menschenverachtung engagieren. Nach thüringischem Vorbild  
140 ist dieser Fonds auf kurzfristige intervenierende Aktionen gegen  
141 Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene  
142 Menschenfeindlichkeit ausgerichtet. Diese können bis maximal 1.000 Euro  
143 gefördert werden.

144 **7. Antirassistische Bildungsarbeit, Aus- und Fortbildung**

145 Das Netzwerk „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ hat sich der  
146 Antirassismusbildung an Schulen verschrieben und ermutigt Schulgemeinschaften,  
147 das Klima an ihrer Schule ohne Rassismus und mit Courage zu gestalten. Diese  
148 wichtige Arbeit der Sensibilisierung und Thematisierung sowie Projektarbeit an  
149 Schulen wollen wir weiter ausbauen und fördern.

150 Um einer pluralen Demokratie gerecht zu werden, sollten sich die vielfältigen  
151 und unterschiedlichen Perspektiven auf deutsche Geschichte und Gegenwart auch in  
152 den bayerischen Lehrplänen widerspiegeln. Deshalb fordern wir, dass sich Bayern  
153 im Rahmen der Kulturministerkonferenz dafür einsetzt, dass in Kooperation mit  
154 dem Forum Rassismus eine gemeinsame Erklärung erarbeitet wird, die die Schritte  
155 zu einer Thematisierung des Kolonialismus, von Antirassismus und der deutschen  
156 Geschichte als Einwanderungsland in den Schulen aufzeigen soll. Unsere koloniale  
157 Vergangenheit ist ein integraler Bestandteil unserer Geschichte und die  
158 kritische Aufarbeitung auch immer wichtiger Teil unserer Gegenwart.

159 Die Landeszentrale für politische Bildung soll besser ausgestattet werden, um  
160 ihre jugendspezifischen Angebote auszubauen und Trägern politischer Bildung mehr  
161 Anreize zum Ausbau eigener Programme bieten zu können. Ziel ist ein nachhaltiges  
162 und strukturell verankertes rassismuskritisches Bewusstsein der Schüler\*innen,  
163 Lehrenden und anderen Pädagog\*innen sowie Sozialarbeiter\*innen. Dazu gehört auch  
164 Aus- und Fortbildungen von Lehrerinnen und Lehrern zur Demokratiebildung  
165 auszubauen und rassismuskritischen Politikunterricht an allen Schulformen zu  
166 stärken. Wir setzen uns für die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für  
167 Schulen zur Erstberatung und Begleitung bei akuten Fällen und zur  
168 längerfristigen Betreuung von Schulen ein, die sich aktiv Rassismus und  
169 Antisemitismus entgegenstellen. Zudem braucht es unabhängige Beschwerdestellen  
170 für Schüler\*innen, die Rassismuserfahrungen gemacht haben.

171 **8. Einrichtung eines Sachverständigenrates zu Demokratiefragen und**  
172 **Verfassungswerten**

173 Die offene Gesellschaft kommt zunehmend unter Druck. Für die Sicherung und  
174 Fortentwicklung unserer Demokratie ist die stetige qualitative Analyse zu  
175 Einstellungen zu unserer Demokratie wichtiger denn je. Deshalb wollen wir einen  
176 bayrischen Sachverständigenrates zu Demokratiefragen und Verfassungswerten  
177 einsetzen, der Einstellungen und die Wahrnehmung unserer pluralen Demokratie  
178 bündelt, beurteilt und bewertet. In seiner Funktion als ein unabhängiges,  
179 interdisziplinär besetztes Expert\*innengremium soll regelmäßig die „Qualität“  
180 der Demokratie in Bayern sowie die Einstellung der bayrischen Bevölkerung zur  
181 Demokratie erforscht, Forschungslücken geschlossen und Empfehlungen erarbeitet  
182 werden.

183 **Das Versprechen einer pluralen Demokratie einlösen - Vielfalt und Teilhabe als**  
184 **gelebte Grundüberzeugungen**

### 185 **9. Ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht, das Teilhabe ermöglicht**

186 Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, das Staatsangehörigkeitsrecht als  
187 Grundvoraussetzung für eine inklusive Gesellschaft, die Teilhabe und  
188 Partizipation garantiert, zu reformieren. Es ist an der Zeit, der pluralen  
189 Demokratie auch durch das Staatsangehörigkeitsrecht zur Wirklichkeit zu  
190 verhelfen und eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts voranzutreiben. Statt  
191 einem Rollback zum diskriminierenden Abstammungsprinzip (ius sanguinis) Vorschub  
192 zu leisten, braucht es ein offenes, auf den Erwerb der Staatsangehörigkeit  
193 ausgerichtetes Einwanderungs- und Staatsangehörigkeitsrecht. Um unsere  
194 Einwanderungsgesellschaft zu gestalten, wollen wir alles daransetzen, dass sich  
195 Menschen unserer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft zugehörig  
196 fühlen, dass sie Deutsche sein und auch bleiben wollen.

### 197 **10. Recht auf Teilhabe gesetzlich verankern**

198 Eine plurale Demokratie kann nur gelebt werden, wenn allen Menschen in unserer  
199 Einwanderungsgesellschaft tatsächlich gleichberechtigte Teilhabe und  
200 Partizipation in der Gesellschaft ermöglicht wird. Wir fordern ein Teilhabe- und  
201 Partizipationsgesetz sowohl auf Bundesebene als auch für den Freistaat Bayern,  
202 um rechtliche Gleichbehandlung, demokratische Teilhabe und Beteiligung  
203 gesetzlich zu verankern. Ein Partizipations- und Integrationsgesetz ist ein  
204 wichtiger Beitrag, um die Gleichstellung aller Menschen im Land auf eine  
205 gesetzliche Grundlage zu stellen.

### 206 **11. Landesantidiskriminierungsgesetz und bayerische Antidiskriminierungsstelle** 207 **einführen**

208 Mit dem "Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz" (AGG) hat der Bundesgesetzgeber  
209 vier EU-Richtlinien gegen Diskriminierung umgesetzt. Das AGG ist allerdings auf  
210 die Erwerbstätigkeit und den Privatrechtsverkehr beschränkt, sodass ein  
211 vergleichbarer Diskriminierungsschutz bei öffentlich-rechtlichem Handeln, z.B.  
212 beim staatlichen Bildungswesen oder bei den Sicherheitsbehörden, fehlt. Diese  
213 Regelungslücke wollen wir mit einem Landesantidiskriminierungsgesetz schließen.  
214 Dieses Gesetz wäre ein grundlegender Baustein, um den rechtlichen  
215 Diskriminierungsschutz der Menschen in Bayern weiter auszubauen und die  
216 Verwaltung zu sensibilisieren und darin zu bestärken, der gesamten Gesellschaft  
217 diskriminierungsfrei als Dienstleisterin zur Verfügung zu stehen.

218 Auch auf Bundesebene brauchen wir ein AGG, das Betroffene in der Durchsetzung  
219 ihrer Rechte wirkungsvoll unterstützt und echten Rechtsschutz gewährleistet.

220

221 Daher unterstützen wir die Forderung der Bundestagsfraktion, ein umfassendes  
222 Verbandsklagerecht und das Schließen von Rechtslücken. Entsprechend soll die  
223 Antidiskriminierungsstelle des Bundes finanziell und personell gestärkt werden  
224 und ein flächendeckendes Netz von Beratungsstellen etabliert werden. Die  
225 Etablierung solcher Stellen ist auch auf Landesebene essentiell, darum setzen  
226 wir uns für die Errichtung einer weisungsunabhängigen Bayerischen  
227 Antidiskriminierungsstelle ein. Wir wollen diese mit jährlich 500.000 Euro  
228 ausstatten. Auch auf kommunaler Ebene wollen wir die Strukturen der  
229 Antidiskriminierungsarbeit besser fördern. In Anlehnung an die unabhängige  
230 Antidiskriminierungsstelle des Bundes sollen Personen unterstützt werden, die  
231 Benachteiligungen selbst erfahren oder beobachtet haben, die rassistisch  
232 motiviert oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder  
233 Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität  
erfolgt sind.

234 Wir lassen Personen, die von Rechtsextremen bedroht werden, nicht alleine: Wer  
235 auf so genannten „Todeslisten“ von extremen Rechten aufgeführt wird, muss  
236 darüber informiert werden, um gemeinsam mit Sicherheitskräften ein anhand der  
237 Bedrohungslage angemessenes weiteres Vorgehen abzustimmen.

238 Außerdem wollen wir in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden ein  
239 Konzept für eine zentrale Anlaufstelle für Beratung und Prävention entwickeln,  
240 die kommunale Amts- und Mandatsträger\*innen sowie Mitarbeitende der  
241 Kommunalverwaltungen, die angegriffen, bedroht und anderweitig angefeindet  
242 werden, bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützt, sie im Bedrohungsfall  
243 berät, Fortbildungs- und Informationsangebote bereithält und den Austausch  
244 zwischen den Betroffenen fördert.

## 245 **12. Kommunale Sicherheitspartnerschaften vor Ort schaffen**

246 Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und die Stärkung des  
247 Sicherheitsgefühls der Bevölkerung, insbesondere für Menschen mit  
248 Rassismuserfahrungen, profitiert von Vernetzung, Austausch und Zusammenarbeit.  
249 Wir setzen uns daher für die koordinierte Zusammenarbeit staatlicher Stellen mit  
250 kommunalen Akteuren in Form von Sicherheitspartnerschaften ein. Hier werden  
251 Frühwarnsysteme etabliert, der Austausch verstetigt, die Sensibilisierung  
252 verbessert und beteiligte Akteure zusammengebracht. Dazu gehört auch eine  
253 Verbesserung des Schnittstellenmanagements zwischen Sicherheits- und  
254 Versammlungsbehörden. Außerdem braucht es verstärkt juristische  
255 Beratungsangebote, um Kommunen beispielsweise im Umgang mit Immobilien, die von  
256 Rechtsextremen benutzt oder erworben werden, sowie bei rechten Konzerten, zu  
257 unterstützen. Nicht nur aus präventiven Gesichtspunkten ist die Schaffung  
258 solcher Strukturen von Vorteil. Sie verbessern auch die Reaktionsfähigkeit der  
259 Sicherheitsbehörden und tragen dazu bei, Kriminalität einzudämmen und damit die  
260 objektive und subjektive Sicherheitslage zu verbessern. Die bestehenden  
261

Strukturen der Sicherheitswachen wollen wir hingegen auflösen.

### 262 **13. Interkulturelle Berater\*innen bei den Sicherheitsbehörden**

263 Rassismuskritische und auf den Abbau von Diskriminierung gerichtete Strukturen  
264 müssen auch bei den Polizei- und Sicherheitsbehörden ausgebaut und  
265 institutionalisiert werden und innerhalb der Behördenhierarchien fest verankert  
266 werden. Die Aufgabenbereiche umfassen die Rollen von Dialogbeauftragten als  
267 vermittelnde Akteure sowie die Organisationsentwicklung innerhalb der Behörden.  
268 Darüber wollen wir die Opferberatung stärken.

### 269 **14. Vertrauen in eine bürgernahe Polizei stärken**

270 Rassistische und antisemitische Einstellungsmuster sind in der  
271 Gesamtgesellschaft nach wie vor weit verbreitet, Polizist\*innen sind davon nicht  
272 ausgenommen. Darum wollen wir einen Ansprechpartner für Menschen innerhalb und  
273 außerhalb der Polizei schaffen, der auch Bürger- und  
274 Menschenrechtsorganisationen zur Verfügung steht und zum Beispiel bei  
275 rassistischen oder rechtsextremen Vorfällen kontaktiert werden kann. Diese  
276 Beschwerdestelle in Form eines/ einer unabhängigen Polizeibeauftragte\*n soll das  
277 Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei stärken. Menschen, die rassistische  
278 Erfahrungen mit Sicherheitskräften machen, erhalten dadurch eine verlässliche  
279 Anlaufstelle, um sich dagegen zur Wehr zu setzen; gleichzeitig können sich  
280 Polizeibeamt\*innen bei entsprechenden Vorfällen selber an den/ die Beauftragte\*n  
281 richten. Eine externe Kontrolle der Polizei ist besonders wichtig, gerade weil  
282 die Polizei eine wichtige gesellschaftliche Funktion hat und Ansprechpartnerin  
283 für ganz unterschiedliche Probleme und Konflikte ist. Um mehr Transparenz und  
284 verbesserte Kontrollmöglichkeiten in der Polizeiarbeit herzustellen, fordern wir  
285 eine, in vielen anderen Bundesländern bereits angewandte, Kennzeichnungspflicht  
286 mit individuellen Nummern für Polizist\*innen im Einsatz. Aufgrund ihrer  
287 herausragenden Aufgabe und Rolle müssen Polizeibehörden besonderes Augenmerk auf  
288 rassistische oder verfassungsfeindliche Einstellungen im Kreis ihrer  
289 Beschäftigten richten. Darum soll Rassismus-sensible Polizeiarbeit in der Aus-  
290 und Fortbildung von Polizist\*innen eine größere Rolle spielen.

### 291 **15. Unabhängiges Institut zum Schutz der Verfassung gründen**

292 Ein Paradigmenwechsel, verbunden mit einem Quantensprung in der Analysefähigkeit  
293 der gegenwärtigen Bedrohungslage durch Rechtsextremismus und gruppenbezogene  
294 Menschenfeindlichkeit, ist dringend gefordert. Deshalb braucht es ein  
295 unabhängiges Institut zum Schutz der Landesverfassung. Mithilfe des Instituts  
296 soll die Expertise aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft dauerhaft in die  
297 Analysen des Landesamtes für Verfassungsschutz einfließen und nutzbar gemacht  
298 werden. Zu diesem Neustart des Verfassungsschutzes gehört die Befähigung der  
299 Sicherheitsbehörden, Gefährdungen durch rechtsextremistische Netzwerke

300 tatsächlich zu erkennen. Nur so können ernsthafte und wirksame Konsequenzen aus  
301 den gemachten Fehlern, insbesondere aus dem NSU-Terror, gezogen werden.

302 Für den Bayerischen Landesverfassungsschutz bedarf es einer verstärkten  
303 parlamentarischen Kontrolle. Außerdem setzen wir uns für nachprüfbare  
304 Dokumentationen der Verfahrens- und Entscheidungsabläufe des  
305 Landesverfassungsschutzes und eine klare Abgrenzung zu den Aufgaben der Polizei  
306 ein.

#### 307 **16. Bayerns koloniales Erbe aufarbeiten**

308 Rassismus ernst zu nehmen bedeutet auch, dass sich Bayern seiner kolonialen  
309 Vergangenheit und der damit einhergehenden Verantwortung stellen muss. Gemeinsam  
310 mit von Rassismus betroffenen Akteur\*innen und den Nachfahren Kolonialisierter  
311 wollen wir Konzepte für einen adäquaten Umgang mit kolonialen Relikten  
312 entwickeln. Neben dem Bildungsbereich nehmen wir dabei auch die kolonialen  
313 Spuren im öffentlichen Raum in den Blick: Wir fordern eine kritische  
314 Auseinandersetzung mit Kolonialdenkmälern und Straßennamen, die über die bloße  
315 Anbringung von Hinweistafeln hinausgeht.

#### 316 **17. Schutz von Moscheen, Synagogen und anderen gefährdeten Einrichtungen** 317 **sicherstellen**

318 Für umfassende Sicherheitskonzepte zum Schutz von Moscheen, Synagogen und  
319 anderen gefährdeten Einrichtungen braucht es auf individuelle  
320 Gefährdungsanalysen aufbauende Schutzkonzepte. Wir wollen diese in Bayern  
321 konsequent umsetzen, eine finanzielle Unterstützung für die notwendig gewordenen  
322 Sicherheitsmaßnahmen sollen vom Bund bereitgestellt werden.

323 **Unser Ziel: Zusammenhalt in Vielfalt.**

#### 324 **18. Grüne Strukturen reformieren für eine vielfältige grüne Partei**

325 Viele Menschen sind aufgrund von gesellschaftlichen Machtverhältnissen  
326 strukturell von Ungleichbehandlung betroffen. Deswegen setzen wir es uns zur  
327 Aufgabe, diese strukturelle Ungleichbehandlung in unseren innerparteilichen  
328 Strukturen aufzubrechen und gleichberechtigte politische Teilhabe und  
329 Repräsentation zu ermöglichen. Unser Ziel ist, dass sich die Vielfalt der  
330 Gesellschaft auf allen Ebenen unserer Partei, in Gremien und auf allen Listen  
331 abbilden lässt. Analog zum Vielfaltsstatut der Bundespartei, werden wir unsere  
332 Satzungen auf Landes- und Kreisebene überarbeiten.

#### 333 **19. Diskriminierung entschlossen entgentreten**

334 Unser Anspruch ist es, dass niemand innerhalb grüner Strukturen aufgrund des  
335 Geschlechts, einer rassistischen, antischarzen, antisemitischen,  
336 antiasiatischen, antimuslimischen oder antiziganistischen /antiromaistischen  
337 oder antisintiistischen Zuschreibung, der Religion und Weltanschauung, einer  
338 Behinderung, Beeinträchtigung oder chronischen Erkrankung, des Lebensalters, der  
339 Sprache, der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität, des  
340 sozialen Status oder der Herkunft diskriminiert oder benachteiligt wird. Mit  
341 unserer grünen Antidiskriminierungsstelle sind wir Anlaufstelle und bearbeiten  
342 zugleich aktiv Diskriminierungsfälle innerhalb grüner Strukturen, um Betroffene  
343 vor Diskriminierung und Rassismus schützen.

344 Politische Teilhabe darf nicht vom Einkommen oder der Lebenssituation abhängen.  
345 Unsere Strukturen wollen wir so gestalten, dass sie barrierefrei und für alle  
346 verständlich, zugänglich und durchlässig sind. Für uns ist klar: Die Vertretung  
347 der Interessen von diskriminierten Gruppen ist eine Gemeinschaftsaufgabe.

### **Unterstützer\*innen**

Pierrette Herzberger-Fofana (KV Erlangen), Henrike Hahn (KV München-Stadt), Dr. Anton Hofreiter (KV München-Land), Ekin Deligöz (KV Neu-Ulm), Beate Walter-Rosenheimer (KV Fürstenfeldbruck), Margarete Bause (KV München-Stadt), Dr. Manuela Rottmann (KV Bad Kissingen), Stefan Schmidt (KV Regensburg), Stephanie Schuhknecht (KV Augsburg-Stadt), Tessa Ganserer (KV Nürnberg), Benjamin Adjei (KV München – Stadt), Katrin Habenschaden (KV München-Stadt), Dominik Krause (KV München-Stadt), Martina Wild (KV Augsburg-Stadt), Melanie Melitta Hippke (KV Augsburg-Stadt), Verena von Mutius-Bartholy (KV Augsburg-Stadt), Peter Rauscher (KV Augsburg – Stadt), Dr. Deniz Anan (KV Augsburg-Stadt), Dr. Stefan Wagner (KV Augsburg-Stadt), Franziska Wörz (KV Augsburg-Stadt), Serdar Akin (KV Augsburg-Stadt), Christine Kamm (KV Augsburg-Stadt), Prof. Dr. Kerstin Kipp (KV Augsburg-Stadt), Marie Rechthaler (KV Augsburg-Stadt), Vivien Knies (KV Augsburg-Stadt), Franziska Büchl (KV München-Stadt), Matthias Lorentzen (KV Augsburg-Stadt), Uwe Kekeritz (KV Neustadt/Aisch-Bad Windsheim), Thomas Gehring (KV Oberallgäu), Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt), Andreas Gummingner (KV Mühldorf), Judith Bogner (KV Mühldorf), Maximilian Retzer (KV Passau-Stadt), Erhard Grundl (KV Straubing-Bogen), Yasmin Hübel (KV Ansbach), Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt), Angelica Schieder (KV Landshut-Stadt), Magdalena Wimmer (KV Berchtesgadener Land), Sophia Aigner (KV Mühldorf), Oliver Haas (KV München), Wolfgang Ehrenlechner (KV Berchtesgadener Land), Christopher Wolf (KV München), Pia Kraus (KV Kulmbach)

## **A8 Inklusive digitale Organisationsstruktur**

Gremium: LAG Digitales und Medien  
Beschlussdatum: 26.06.2020

### **1 HINTERGRUND**

2 Wir GRÜNE verfolgen das Ziel einer gleichberechtigten, vielfältigen und offenen  
3 Gesellschaft. Dafür benötigen wir auch innerhalb der Partei eine  
4 Organisationsstruktur, die auf Teilhabe und Transparenz angelegt ist.

5 Hierfür ist die parteiinterne Vernetzung im digitalen Raum – gerade auch vor dem  
6 Hintergrund der stetig wachsenden Mitgliederzahlen – essentiell. Mit dem grünen  
7 Netz, der Wahlkampf-App und den digitalen Anwendungen stellt der Bundesverband  
8 gemeinsam mit der Netzbegründung und deren Ausgründung verdigado eG eine Vielzahl  
9 von digitalen Anwendungen bereit, die viele Partizipationsmöglichkeiten von der  
10 Information bis zur Mitentscheidung abdecken und darüber hinaus die tägliche  
11 Arbeit der Aktiven erleichtern. Hier ist in den letzten Jahren viel geschehen  
12 und wir begrüßen die Anstrengungen um eine Fortentwicklung der grünen  
13 Digitalosphäre.

14 Es ist jedoch deutlich, dass die Nutzung der (grünen) digitalen Werkzeuge nicht  
15 für alle Mitglieder einfach und nicht in allen Gliederungen gleich verbreitet  
16 ist. In der Realität herrscht ein Flickenteppich an unterschiedlichen Lösungen,  
17 die oft von einzelnen Mitgliedern innerhalb ihrer Gliederungen eingeführt  
18 werden. Dies hat verschiedene Gründe, wie die mangelnde Bekanntheit der grünen  
19 Werkzeuge, Unsicherheit bezüglich der Nutzung, aber auch fehlende digitale  
20 Regeln und Strukturen der Partei.

21 Das alles erschwert die Möglichkeit, sich innerhalb der Partei zurechtzufinden,  
22 sich sinnvoll zu vernetzen oder die bestehende Wissens- und Teilhabestruktur  
23 effektiv zu nutzen. Etwa Menschen, für die politisches Engagement schwierig ist,  
24 weil ihnen für physische Treffen aufgrund anderer Verpflichtungen die Zeit fehlt  
25 oder die Wege zu lang sind, sind davon betroffen. Aber auch diese wollen wir in  
26 unsere parteipolitische Arbeit einbinden.

27 Während der Corona-Pandemie hat sich mit Nachdruck gezeigt, wie wichtig und  
28 gewinnbringend der Einsatz digitaler Mittel für die Parteiarbeit ist. Wir GRÜNE  
29 müssen die Chancen jetzt nutzen und neue digitale Strukturen schaffen und

30 etablieren wo sie nützlich sind sowie klassische, analoge Strukturen erhalten  
31 oder stärken wo sie sich bewährt haben. Wir müssen kritisch hinterfragen und  
32 innerparteiliche Digitalpolitik proaktiv und mit Augenmaß koordinieren.

### 33 ANTRAG

- 34 • Die Digitalisierung der grünen Parteistruktur muss basisdemokratisch,  
35 nachhaltig, inklusiv, barrierefrei, niedrighschwellig, emanzipatorisch,  
36 transparent, frei und sicher gestaltet werden. Digitale Tools und Kanäle  
37 sind essentieller Bestandteil der Parteistruktur, deren Bereitstellung,  
38 Nutzung, Weiterentwicklung und Support aus der Partei heraus  
39 vorangetrieben werden müssen.
  
- 40 • Digitalkompetenz ist essentiell für die Zukunftsfähigkeit der Partei. Um  
41 für eine nachhaltige Weiterentwicklung zu sorgen, müssen technischer  
42 Zugang und faktische Möglichkeiten der Mitglieder bzgl. der Anwendung  
43 zusammengedacht werden. Es bedarf daher eines umfassenden Konzepts für die  
44 Digitalisierung der Parteiarbeit von der Evaluierung bestehender  
45 Problematiken bzgl. Zugang und Verwendung über (Online-)Schulungen oder  
46 Erklärungstools bis hin zur Beratung bei Einzelfragen.
  
- 47 • Wir GRÜNE müssen zunächst untersuchen, ob Unterschiede bei der Nutzung  
48 digitaler Anwendungen entlang von sozialen Rollen bestehen, insbesondere  
49 in Hinblick auf Geschlecht, Alter, Behinderung, sozialer Herkunft, Bildung  
50 und Migrationsgeschichte. Diese müssen wir evaluieren, kenntlich machen  
51 und aktiv auf deren Abbau hinwirken. Dies muss unter Beteiligung aller  
52 zuständigen Funktionsträger\*innen, Gremien und Landesarbeitsgemeinschaften  
53 erfolgen. Wir regen dazu an, sich intensiver mit der Frage zu  
54 beschäftigen, wie wir unsere innerparteilichen Regeln – wie beispielsweise  
55 quotierte Redelisten – in den digitalen Raum sinnvoll übertragen können.
  
- 56 • Basisnahe, zeitgemäße und effektive Partizipation im digitalen Raum muss  
57 von der Partei ausgebaut und ganzheitlich ermöglicht werden. Wir schlagen  
58 eine innerparteiliche digitale Bildungsoffensive vor, um das Wissen und  
59 die Anwendung von digitalen Werkzeugen allen Mitgliedern zur Verfügung zu  
60 stellen, digitale Selbsthilfe zu unterstützen und die übergreifende  
61 Zusammenarbeit nachhaltig zu verbessern.
  
- 62 • Die vielfältigen digitalen Werkzeuge müssen einen leichten, verständlichen  
63 und sicheren Zugang zum Grünen Netz sicherstellen, damit ein  
64 gleichberechtigtes Miteinander auf allen Ebenen möglich wird. Hierfür  
65 müssen die grünen digitalen Werkzeuge in der Partei sichtbar, d.h. an  
66 richtiger Stelle effektiv beworben und Mitglieder aktiv an diese  
67 herangeführt werden.

- 68
- 69
- 70
- 71
- 72
- 73
- 74
- 75
- 76
- Es bedarf bei der Einführung und während der Nutzung unterschiedlicher bedarfsgerechter Unterstützung. Um einen serviceorientierten Support gewährleisten zu können, müssen im Digitalisierungsprozess die Ebenen von Haupt- und Ehrenamt verstärkt miteinander verknüpft werden. Dies kann auf Treffen wie Hackathons oder in Webinaren geschehen. Zu begrüßen sind auch Initiativen, in denen sich Mitglieder als Botschafter\*innen der Digitalisierung in ihren Orts- und Kreisverbänden verstehen. Weiterhin begrüßen wir den Ausbau von institutionalisierter Ehrenamtsbetreuung sowie die strukturierte Verknüpfung der grünen Partei mit der Netzbegründung.
- 77
- 78
- 79
- 80
- 81
- Die digitalen Werkzeuge des grünen Netzes müssen Sicherheit und Datenschutz gewährleisten und diesbezüglich regelmäßig auf den Prüfstand gestellt werden. Hierfür ist die Transparenz zentrale Voraussetzung. Die eingesetzte Software sollte vorrangig quelloffen und mit freien Lizenzen ausgestaltet sein.
- 82
- 83
- 84
- 85
- 86
- 87
- 88
- 89
- 90
- 91
- Die Digitalisierung bringt uns den Vorteil, innerhalb der Partei inklusiver und effektiver arbeiten zu können. Hierfür muss sie nach grünen Werten und Vorstellungen professionell gestaltet und begleitet werden. Dies erfordert (personelle und finanzielle) Investitionen, die auf Nachhaltigkeit gerichtet sind. Die Parteiarbeit der GRÜNEN wird in Zukunft mehr denn je von der Vernetzung von Mensch und Wissen getragen werden. Der Landesvorstand wird daher gebeten, sich in der Runde der Landesverbände für eine Verbesserung der finanziellen und personellen Ausstattung der Parteistrukturen einzusetzen, um die formulierten Ziele bei der Digitalisierung zu erreichen.

### **Unterstützer\*innen**

Rolf Thärichen (KV Weilheim-Schongau), Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt), Andreas Gumminger (KV Mühldorf), Doris Wagner (KV München), Angela Buettner (KV München), Michael Seyfried (KV München), Oliver Haas (KV München), Christian-Ulrich Sauter (KV Erlangen-Stadt), Christopher Wolf (KV München)

## **A9 Support für die Wirtschaft vor Ort! Ein GRÜNER 10-Punkte-Plan für kommunale Wirtschaftsförderung in der Coronakrise**

Antragsteller\*in: Dieter Janecek (KV München-Stadt),  
Barbara Fuchs (KV Fürth-Stadt)

1 In den nächsten Monaten und Jahren stehen die Welt und damit auch Bayern durch  
2 die Auswirkungen der Corona-Pandemie vor großen Herausforderungen. Die  
3 bayerischen Kommunen brauchen jetzt verlässliche Unterstützung, um diese  
4 schwierige Zeit bestmöglich zu meistern. Wir Grüne wollen dabei getreu dem Motto  
5 "fight every crisis" jetzt die Chance ergreifen und endlich konsequenten  
6 Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und eine zukunftsfeste Ökonomie in unseren  
7 Kommunen zusammenzubringen.

8 Mit dem nachfolgenden 10-Punkte-Plan wollen wir vor Ort einen GRÜNEN Neustart  
9 der Wirtschaft unterstützen:

### 10 **1. Flächen besser nutzen**

11 Die Covid-19-Ansteckungsgefahr ist unter freiem Himmel nachweislich deutlich  
12 geringer als in Innenräumen. Parkplätze und sonstige geeignete Verkehrsflächen  
13 sowie Brachflächen wollen wir daher temporär umnutzen: Für Freischankflächen für  
14 Gastwirtschaften und Bars, für Außenverkaufsflächen für den Einzelhandel, für  
15 Freiluftkinos, Musik- oder Theatervorstellungen oder für dezentrale Stellplätze  
16 für Volksfest-Schausteller\*innen und Marktkaufleute. Die ggf. vorgesehenen  
17 Flächennutzungsgebühren sind weitest möglich abzusenken.

### 18 **2. Lokalen und regionalen Handel stärken: Online-Angebote &** 19 **Lieferung regional bündeln, kostenfreien ÖPNV für Samstage**

20 Der Strukturwandel Richtung Online-Handel hat sich mit der Corona-Krise massiv  
21 beschleunigt, es profitieren insbesondere die großen Online-Shoppingangebote.  
22 Viele Bürger\*innen sorgen sich jedoch um den Erhalt lokaler, attraktiver  
23 Einkaufsmöglichkeiten und möchten die Geschäfte vor Ort unterstützen, ihrerseits  
24 haben viele Einzelhändler\*innen mit telefonischen bzw. Online-  
25 Bestellmöglichkeiten und eigener Auslieferung auf die Krise reagiert. Vielerorts  
26 sind lokale bzw. regionale Online-Shop-Portale entstanden, wo Kund\*innen  
27 Angebote speziell aus ihren Städten bzw. Landkreisen finden.  
28

29

30 Wir fordern die Landratsämter bzw. die Städte auf, aktiv solche offenen Online-  
31 Portale zur regionalen Vermarktung für ihre Einzelhändler\*innen zu fördern bzw.  
32 einzurichten. Entsprechend sollen auch kreis- bzw. stadtweite Zusammenschlüsse  
33 von Einzelhändler\*innen für gebündelte, regionale Bringdienste initiiert und  
34 unterstützt werden, um kleine und mittelständische Unternehmen bei diesen  
35 Herausforderungen zu entlasten und einzelne Auslieferungsfahrten zu vermeiden.  
36 Mit Kaufanreizen bzw. Leihsystemen für (Elektro-)Lastenräder wollen wir  
zusätzliche Anreize für eine klimafreundliche Logistik.

37 Kostenfreier ÖPNV an allen Samstagen bis zum Jahresende: Um den lokalen  
38 Einzelhandel und die Gastronomie zusätzlich zu stärken, wollen wir den gesamten  
39 ÖPNV im Innenstadtbereich in Klein- und Mittelstädten an allen Samstagen  
40 befristet kostenfrei nutzbar machen. So schaffen wir weitere Anreize zum lokalen  
41 Konsum und stärken regionale Strukturen gegenüber dem Online-Handel.

#### 42 **4. Klimaschutz und Digitalisierung jetzt anpacken –** 43 **kommunale Investitionen in die Zukunft vorantreiben**

44 In einer Wirtschaftskrise sinkt die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Um  
45 die Nachfrage, gerade im Handwerk und bei mittelständischen Unternehmen und  
46 Dienstleister\*innen, zu stärken, sollten die Kommunen ihre essentiellen und  
47 zukunftsorientierten Investitionen vorantreiben. Der Schwerpunkt sollte dabei in  
48 den Bereichen Klimaschutz, Energieeffizienz, Verkehrswende, Bildung und  
49 Digitalisierung liegen.

50 Denn der Investitionsstau in flächendeckende, moderne Breitbandanschlüsse und  
51 zeitgemäße Bildungseinrichtungen, die auch Online-Lernen gestalten können, ist  
52 gewaltig. Und die Klimaerhitzung ist mittel- und langfristig eine größere  
53 Bedrohung als Corona – das muss Grundlage der nächsten sechs Jahre  
54 Kommunalpolitik sein. Investitionen in den Klimaschutz dürfen daher nicht  
55 zurückgestellt werden, im Gegenteil: Häufig rechnen sich diese auch finanziell  
56 nach wenigen Jahren. Wenn wir jetzt Energieeffizienzmaßnahmen wie LED-  
57 Straßenbeleuchtung, Heizungssanierungen, Fensteraustausch und Dämmungen in  
58 öffentlichen Gebäuden durchführen, die Ladeinfrastruktur für Elektroautos  
59 ausbauen und neue Solar- und Windenergieanlagen installieren, gewinnen  
60 Wirtschaft & Handwerk, Klima und Gemeindefinanzen.

#### 61 **4. Kultur- und Kreativwirtschaft stärken - kommunale** 62 **Anlaufstellen schaffen**

63 Die Kultur- und Kreativwirtschaft steht für starke lokale Wertschöpfung.  
64 Bayernweit beschäftigt sie z.B. mit Club- und Nachtkultur, Kunst, Theater oder  
65 Straßenfest, Lokalradio oder Design knapp 400.000 Menschen, sie ist  
66 dritt wichtigste Branche Bayerns gemessen an der Bruttowertschöpfung. Corona

67 bedingt sind bundesweit Einbrüche von bis zu 40 Mrd € zu erwarten. Alle  
68 Beschäftigten leiden, für Solo-Selbständige, Minijobber\*innen, Menschen im  
69 Nebenberuf und Saisonkräfte gibt es immer noch keinerlei adäquate Hilfen. Um  
70 diese Branche zu stützen und zu stabilisieren, brauchen Bayerns Kommunen  
71 Ansprechpersonen und Unterstützung vor Ort. Wo es keine Wirtschafts- oder  
72 Kulturreferate gibt, sind Ansprechpersonen für die Kultur- und Kreativwirtschaft  
73 auf Gemeindeebene zu installieren.

## 74 **5. Endlich Priorität für die Kinderbetreuung!**

75 Kita, Kindergarten, Schule: Kinder haben ein Recht auf Bildung und brauchen  
76 sozialen Kontakt zu Gleichaltrigen. Das kam in den letzten Monaten zu kurz – und  
77 verstärkt Bildungsunterschiede gerade für Kinder aus sozial benachteiligten  
78 Familien und gefährdet unsere Anstrengungen für mehr Chancengerechtigkeit. Doch  
79 plötzlich fehlende Kinderbetreuung hat auch für die Eltern wirtschaftliche  
80 Konsequenzen. Seit Monaten werden Eltern in der Kinderbetreuung alleine gelassen  
81 und sind hoher Belastung ausgesetzt, neben ihrer Berufstätigkeit Kinder zuhause  
82 in Vollzeit betreuen zu müssen. Statt finanzieller Zuwendungen, die die  
83 Verdienstaufschläge nicht decken können, müssen wir endlich das Betreuungsproblem  
84 angehen. Dafür muss es Kommunen erlaubt werden, auch pädagogische Fachkräfte wie  
85 z.B. selbstständige Erlebnis-, Wildnis- und Musikpädagog\*innen in der  
86 Kinderbetreuung mit angemessener Entlohnung bzw. auf Honorarbasis anzustellen.  
87 Die Kommunen müssen kreativ neue Flächen für eine Betreuung erschließen, z.B.  
88 durch das Aufstellen von Container oder Bauwägen in Parks und auf kommunalen  
89 Grünflächen, um Kinderbetreuung ähnlich wie in Waldkindergärten zu ermöglichen.

## 90 **6. Pandemieresistente Radinfrastruktur, Sommer- 91 Fußgängerzonen und sicherer öffentlicher Nahverkehr**

92 Mit Pop-up-Radwegen, temporären Tempo-30-Strecken sowie Pop-up-Fußgängerzonen in  
93 der warmen Jahreshälfte wollen wir die Fuß- und Radmobilität durch das Angebot  
94 sicherer Infrastruktur stärken und auf die gestiegenen Nutzerzahlen reagieren.  
95 Durch neue Bus- Punktverbindungen zu großen Arbeitgeber\*innen, Gewerbegebieten  
96 und Verkehrsknotenpunkten im Umland großer Städte können Überlastung und  
97 Überfüllung in Bahn- und Busverbindungen vermieden werden – gleichzeitig  
98 bekommen die von der Corona-Pandemie besonders stark betroffenen Omnibus-  
99 Unternehmen neue Geschäftschancen.

## 100 **7. Feste Fahrgemeinschaften für minimiertes 101 Ansteckungsrisiko & effiziente Straßennutzung**

102 Die Autonutzung steigt auf Grund verständlicher Sorgen vor Infektionen – doch  
103 der Platz der staugeplagten Städte und Straßen wächst natürlich nicht mit. Autos  
104 können jedoch effizienter genutzt werden, etwa durch Car-Sharing, was im Rahmen

105 fester Fahrgemeinschaften minimiertes Ansteckungsrisiko und gute  
106 Nachverfolgbarkeit garantiert. Die STVO ermöglicht in Verkehrsversuchen die  
107 Einrichtung von Bussonderspuren mit Freigabe für Autos mit drei und mehr  
108 Fahrgästen. Mit der vermehrten Einrichtung solcher Carsharing+Bus-Sonderspuren  
109 machen wir Fahrgemeinschaften attraktiver.

## 110 **8. Co-Working-Spaces schaffen**

111 Viele Arbeitnehmer\*innen können in ihren Wohnung nicht dauerhaft komfortabel  
112 bzw. gesund aus dem Home-Office arbeiten. Gleichzeitig wollen sie öffentliche  
113 Nahverkehrsmittel bzw. den Kontakt im Büro so gut es geht vermeiden. Als Eltern  
114 müssen sie wegen der immer noch lückenhaften Schul- und Kinderbetreuungsangebote  
115 nah am Wohnort bleiben. Daher wollen wir gerade in ländlichen Regionen die  
116 Schaffung von Co-Working-Spaces mit ausreichend Abstand und guter Belüftung  
117 unterstützen, auch als temporäre Nutzung in leerstehenden Gewerbeeinheiten.

## 118 **9. Ausbau von öffentlichen Grünflächen**

119 Gerade während der Corona-Krise waren öffentliche Grünflächen als  
120 Naherholungsflächen sehr wertvoll. Wir wollen diese weiter ausbauen, so schützen  
121 wir gleichzeitig Gesundheit, Umwelt- und die Artenvielfalt. Diese öffentlichen  
122 Grünflächen müssen für alle Bürger\*innen ohne Konsumzwang oder Eintrittsgelder  
123 zugänglich sein. In den Sommermonaten sollen ausgewählte Straßen zeitweise in  
124 Fußgängerzonen, verkehrsberuhigte Bereiche oder Spielstraßen umgewandelt werden.  
125 So tragen wir zu lebenswerten Innenstädten bei, in denen die Bürger\*innen gerne  
126 ihre Zeit verbringen.

## 127 **10. Ökologische und soziale Kriterien bei kommunalen** 128 **Einkäufen**

129 Die bayerischen Kommunen können ihre Marktmacht nutzen und die öffentlichen  
130 Gelder für nachhaltig produzierte Güter und die Stärkung einer  
131 gemeinwohlorientierten Wirtschaft verwenden. Gleichzeitig fungiert die Kommune  
132 so als Vorbild und Ratgeberin für die ansässigen Unternehmen.

### **Unterstützer\*innen**

Sanne Kurz (KV München-Stadt), Christoph Lochmüller (KV Ebersberg), Thomas von  
Sarnowski (KV Ebersberg), Judith Bogner (KV Mühldorf), Frank Dürsch (KV München),  
Erhard Grundl (KV Straubing-Bogen), Andreas Krahl (KV Garmisch-Partenkirchen),  
Benedikt Clemens Mader (KV Erlangen-Stadt), Oliver Haas (KV München), Pia Kraus (KV  
Kulmbach), Christian-Ulrich Sauter (KV Erlangen-Stadt)

## **A10NEU Kommunen stärken, Investitionen sichern und Klima schützen**

Antragsteller\*in:           Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt),  
                                      Stefan Schmidt (KV Regensburg-Stadt)

1       Unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen kommt aktuell in dreifacher Hinsicht  
2       eine Schlüsselrolle zu. Sie sichern die kommunale Daseinsvorsorge ihrer  
3       Bürger\*innen vor Ort, bewältigen die gesundheitlichen Herausforderungen der  
4       Corona-Pandemie und sorgen mit ihren Investitionen in Nachhaltigkeit und  
5       Klimaschutz dafür, dass wir zwei Krisen zusammen denken und lösen können: die  
6       Corona-bedingte Konjunkturkrise und die fortschreitende Klimakrise.

7       Mit Schulgebäuden, Kitas und der Abfallentsorgung stellen unsere Kommunen die  
8       elementare Infrastruktur. Mit Bussen und Bahnen sorgen sie für die Mobilität  
9       ihrer Bürger\*innen. Mit ihren vielfältigen freiwilligen Aufgaben vor allem im  
10      Bereich von Sport und Kultur tragen sie entscheidend zur Lebensqualität vor Ort  
11      bei. In der Corona-Krise haben Städte, Gemeinden und Landkreise mit ihren  
12      Krankenhäusern und Gesundheitsämtern einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet,  
13      die Pandemie in den Griff zu bekommen. Auch in der Phase der schrittweisen  
14      Lockerungen und eines abklingenden Infektionsgeschehens ist die lokale Ebene von  
15      entscheidender Bedeutung.. Denn durch ihre Investitionen in Klimaschutz und  
16      Nachhaltigkeit können die Kommunen als größter öffentlicher  
17      Investitionsträger einen wichtigen Beitrag zur schnellen konjunkturellen Belebung  
18      leisten. Mit ihren vielfältigen politischen Gestaltungsmöglichkeiten von der  
19      Organisation des öffentlichen Nahverkehrs bis zur Stadtentwicklung sitzt die  
20      kommunale Hand an wichtigen Hebeln zur Bewältigung der Klimakrise. Ihre Nähe zu  
21      den Bürger\*innen und ihre guten Kenntnisse der lokalen Begebenheiten sind dabei  
22      von großem Vorteil.

23      Obwohl die lokale Ebene eine wesentliche Rolle spielt, haben Bundesregierung und  
24      bayerische Staatsregierung die Städte, Gemeinden und Landkreise viel zu lange im  
25      Unklaren darüber gelassen, ob und in welcher Form es überhaupt Hilfen geben  
26      soll. Die Kommunen brauchen aber Planungssicherheit. Denn um ihre drei  
27      Kernaufgaben – Daseinsvorsorge, Gesundheitsschutz und Klimaschutz – kraftvoll  
28      schultern zu können, ist die kommunale Ebene krisenbedingt auf die Unterstützung  
29      von Bund und Land angewiesen. Deswegen müssen die Hilfen nun schnell beschlossen  
30      werden. Wir müssen die Kommunen gemeinsam in der Krise und nach der Krise  
31      finanziell auf sichere Beine stellen.

32      **Corona-bedingte Einnahmeausfälle und Mindereinnahmen kompensieren**

33 Die Corona-Pandemie und der daraus folgende Lockdown haben unsere Städte,  
34 Gemeinden und Landkreise besonders hart getroffen und vor enorme  
35 Herausforderungen gestellt. Die Folgen des Lockdowns machen sich nicht nur in  
36 den wenigen verschuldeten und finanzschwachen bayerischen Kommunen bemerkbar,  
37 die bereits vor der Krise unter Haushaltssicherung standen oder unter einem  
38 hohen Investitionsstau litten. Auch in den Haushalten der finanzstarken  
39 bayerischen Kommunen sind die Folgen des Lockdown deutlich spürbar. Vielfach  
40 bleiben die Fixkosten bestehen, während die Einnahmen sinken und die Ausgaben  
41 steigen. So muss die lokale Ebene auch weiterhin für den Betrieb von Kitas,  
42 Museen, Theatern, Bibliotheken oder des ÖPNV aufkommen. Gleichzeitig ist sie  
43 aber mit wegfallenden oder zumindest sinkenden Steuereinnahmen, Gebühren und  
44 Eintrittsgeldern konfrontiert – auch in Zeiten der schrittweisen Lockerungen.  
45 Kitas, Kultur- und Sporteinrichtungen, aber auch Hotels und Gaststätten waren  
46 wochenlang geschlossen. Gleichzeitig müssen die Kommunen auch in der Krise ihre  
47 Leistungen – häufig mit reduziertem Personal – aufrechterhalten: von der  
48 Jugendhilfe über die Sozialämter bis hin zu den Standesämtern. Sie müssen  
49 Rechnungen begleichen und Bauanträge bearbeiten. Auch der ÖPNV hat ein  
50 reduziertes Angebot beibehalten, aber Ticketkontrollen ausgesetzt.

51 Vor allem die steuerlichen Einnahmeausfälle treffen Städte, Gemeinden und  
52 Landkreise hart: Viele Betriebe mussten ihre Produktion zeitweise einstellen  
53 oder reduzieren. Auch in absehbarer Zeit wird die Produktion nicht wieder das  
54 Vorkrisenniveau erreichen. Darüber hinaus führen steuerliche Erleichterungen für  
55 Unternehmen zu Einbußen bei den Kommunen. In der Folge bricht die Gewerbesteuer  
56 als wichtigste Einnahmequelle der kommunalen Hand gerade dramatisch ein und wird  
57 sich aller Voraussicht nach auch in den Folgejahren nur langsam erholen. Die  
58 jüngste Steuerschätzung von Mai geht deutschlandweit allein in diesem Jahr von  
59 einem Rückgang bei der Gewerbesteuer gegenüber 2019 um mehr als 13,7 Mrd. Euro  
60 aus. Nach dieser Prognose wird die Gewerbesteuer erst 2024 wieder das Niveau von  
61 2019 erreichen. Gerade auch in Bayern ist die Gewerbesteuer drastisch  
62 eingebrochen. Hart getroffen hat das vor allem die stark touristischen  
63 bayerischen Regionen. Auch die Einnahmen aus den kommunalen Einkommen- und  
64 Umsatzsteueranteilen werden zurückgehen. Für uns Grüne ist klar, dass Bund und  
65 Land gemeinsam die Gewerbesteuerausfälle für dieses Jahr komplett übernehmen  
66 müssen. Auf Basis der außerplanmäßigen Steuerschätzung im September ist außerdem  
67 zu prüfen, ob Bund und Länder die Kommunen auch in den Folgejahren für die  
68 Corona-bedingten Gewerbesteuer-Mindereinnahmen kompensieren sollten.

69  
70 Die Finanzierung der Bayerischen Bezirke, die gerade jetzt in Pandemiezeiten mit  
71 ihren Aufgaben für psychische Gesundheit und Inklusion im Fokus stehen, haben  
72 seit jeher eine prekäre Finanzierung. Eine der Hauptfinanzierungsquellen der  
73 dritten kommunalen Ebene ist die Bezirksumlage, die sie von den Landkreisen und  
74 kreisfreien Städten erheben. Steuerliche Mindereinnahmen bei Städten, Gemeinden  
75 und Landkreisen werden in absehbarer Zeit damit auch die Bezirke treffen, die  
76 damit nur die Möglichkeit hätten, die Hebesätze der Bezirksumlage zu erhöhen. Um  
77 die Finanzierung der Aufgaben der Bezirke in Gesundheits- und Sozialwesen, aber  
78

79 auch in der Pflege und der Kulturarbeit sicherzustellen, brauchen die Bezirke  
80 stattdessen eine dauerhafte, planbare Finanzierung, die nicht auf Kosten der  
81 umlagezahlenden Kommunen geht. Zudem fordern wir eine konsequente Anwendung des  
82 Konnexitätsprinzips: wenn Bundes- und Landesgesetze durch die Kommunen umgesetzt  
83 werden sollen, müssen der Bund oder der Freistaat diese Aufgaben auch  
84 finanzieren und können hier nicht die Kommunen im Regen stehen lassen und die  
Pflichtaufgaben erhöhen ohne die Kommunen dafür zu kompensieren.

85 Neben diesen Einnahmerückgängen steigen gleichzeitig die kommunalen Ausgaben für  
86 krisenbedingte Sofortmaßnahmen. Die Landkreise mussten ihre Gesundheitsämter  
87 personell aufstocken und zusätzlich ausstatten, die kommunalen Krankenhäuser  
88 mussten sich auf die neue Situation einstellen. Auch die Kosten der Unterkunft  
89 und Heizung nach SGB II (KdU) nehmen in der Krise deutlich zu und werden aller  
90 Voraussicht nach auch in den nächsten Monaten weiter steigen, weil der Zugang  
91 zur Grundsicherung für Selbstständige erleichtert wurde. Dass der Bund die  
92 Kommunen jetzt im Zuge des Konjunkturpakets bei den sozialen Kosten dauerhaft  
93 stärker entlasten will, unterstützen wir Grüne ausdrücklich. Der Bund greift  
94 damit eine langjährige Forderung von uns Grünen auf. Es ist richtig, dass der  
95 Bund seine Beteiligung an den Kosten der Unterkunft dauerhaft auf 75 Prozent  
96 erhöhen und dadurch finanzschwache Kommunen aber auch Landkreise und kreisfreie  
97 Städte mit einem hohen Mietenniveau entlasten will. Wir Grüne im Bund und in  
98 Bayern unterstützen daher die dafür notwendige Grundgesetzänderung für die  
99 Anhebung der Grenze zur Bundesauftragsverwaltung auf 75 Prozent.

100 Auch kommunale Unternehmen in besonders vom Lockdown betroffenen  
101 Wirtschaftsbereichen wie Messen, Veranstaltungszentren und Kultureinrichtungen,  
102 aber auch Verkehrsbetriebe, Bäder und Museen sind durch Einnahmeausfälle bei  
103 fortlaufenden Kosten zum Teil in ihrer Existenz bedroht. Dabei stellen sie den  
104 Bürger\*innen elementare Leistungen der Daseinsvorsorge zur Verfügung. Deswegen  
105 müssen sie uneingeschränkten Zugang zu den bereits beschlossenen Hilfs- und  
106 Kreditprogrammen bekommen. Eine Benachteiligung gegenüber privaten Unternehmen  
107 ist nicht nachvollziehbar. Kommunale Unternehmen sind gerade auch in der Krise  
108 unverzichtbar für das Leben vor Ort.

## 109 **Kommunen als größten Investitionsträger stärken und kommunalen Klimaschutz** 110 **unterstützen**

111 Die Kommunen spielen aber nicht nur für die Lebensqualität vor Ort und das  
112 Krisenmanagement eine entscheidende Rolle. Auch bei dem Weg aus dem Lockdown und  
113 der daraus folgenden wirtschaftlichen Krise kommt ihnen eine Schlüsselrolle zu.  
114 Als größter öffentlicher Investitionsträger können die Städte, Gemeinden und  
115 Landkreise entscheidend zum wirtschaftlichen Aufschwung beitragen, etwa indem  
116 sie die Baubranche und das lokale Handwerk mit Aufträgen versorgen. Viele  
117 Kommunen haben bereits Pläne für wichtige Zukunftsinvestitionen erarbeitet,  
118 beispielsweise für die Sanierung von Schulen und Kitas, aber auch für Projekte  
119

120 des kommunalen Klimaschutzes und der nachhaltigen Entwicklung vor Ort, die  
121 schnell umgesetzt werden könnten. Mit schnellen und zielgerichteten Hilfen für  
122 die bayerischen Städte, Gemeinden und Kreise durch Bund und Land muss die  
123 finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Kommunen erhalten und die Grundversorgung  
124 der Menschen vor Ort gesichert werden. Wir müssen sicherstellen, dass die  
125 Kommunen auch nach der Krise ausreichend finanzielle Mittel haben, um als  
größter öffentlicher Investor tätig zu werden.

126 Um die öffentliche Investitionstätigkeit anzukurbeln, müssen einerseits die  
127 kommunalen Förderprogramme hinsichtlich der Programmlaufzeiten, der  
128 Beantragungsfristen und der Kofinanzierungspflichten unbürokratisch angepasst  
129 werden. Denn in der andauernden Krisensituation wird die lokale Ebene auch  
130 weiterhin Probleme haben, entsprechende Fristen einzuhalten und ihren  
131 Eigenanteil aufzubringen. Gerade jetzt brauchen wir gezielte kommunale  
132 Investitionsprogramme für Klimaschutz, Klimaanpassung, nachhaltige Entwicklung  
133 und eine nachhaltige Infrastruktur. Die Kommunen sitzen hier durch ihre  
134 Zuständigkeiten in vielen klimarelevanten Bereichen an einem wichtigen Hebel.  
135 Gleichzeitig fehlt ihnen aber oftmals das Personal um die zur Verfügung  
136 stehenden Mittel entsprechend ihrer Bedarfe abzurufen. Deshalb braucht es jetzt  
137 mehr denn je eine deutlich stärkere Unterstützung unsere bayerischen Städte,  
138 Gemeinden und Landkreise bei der Umsetzung von Maßnahmen für Klimaschutz,  
139 Klimaanpassung und nachhaltige Entwicklung.

140 Wir müssen jetzt Maßnahmen umsetzen, damit die Kommunen in der Krise  
141 unterstützt, die Konjunktur angekurbelt und der richtige Pfad hin zu wirksamem  
142 Klimaschutz und nachhaltiger Entwicklung eingeschlagen wird.

143 Damit Kommunen unterstützt, ihre Handlungsfähigkeit gesichert und nachhaltige  
144 Investitionen in den Kommunen angeschoben werden können, fordern wir  
145 insbesondere:

- 146 • Die vollständige Kompensation der Corona-bedingten Gewerbesteuerausfälle  
147 für 2020 – hälftig finanziert durch Bund und Land. Auf Basis der  
148 September-Steuerschätzung ist darüber hinaus zu überprüfen, in welchem  
149 Umfang auch in den Folgejahren eine Gewerbesteuer-Kompensation durch Bund  
150 und Länder erfolgen muss;
- 151 • die dauerhafte Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft  
152 auf 75 Prozent;
- 153 • Öffnung der bereits beschlossenen Hilfsprogramme des Bundes für kommunale  
154 Unternehmen;
- 155 • Verlängerung der Laufzeiten und Fristen aller kommunalen Förderprogramme;

- 156 • Verzicht auf die Kofinanzierungspflicht bei Förderprogrammen für einen  
157 klar begrenzten Zeitraum;
  
- 158 • Erhöhung der Städtebauförderung;
  
- 159 • Einführung attraktiver Zuschüsse für kommunale Dekarbonisierungs-Pläne,  
160 insbesondere kommunaler Wärmepläne;
  
- 161 • Passgenaue Finanzierung von kommunalen Planungs- und Umsetzungsaufträgen  
162 in den Nachhaltigkeits-, Resilienz- und Klimaschutzbereichen;
  
- 163 • Förderung von vielfältigen regionalen Aus- und Weiterbildungsoptionen  
164 sowie Umschulungsprogrammen in Berufen, die zur praktische Umsetzung und  
165 Planung von Maßnahmen für Klimaschutz, Klimaanpassung und nachhaltige  
166 Entwicklung beitragen.

### **Unterstützer\*innen**

Tina Winklmann (KV Schwandorf), Ekin Deligöz (KV Neu-Ulm), Johannes Becher (KV Freising), Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt), Judith Bogner (KV Mühldorf), Leon Eckert (KV Freising), Jamila Schäfer (KV München), Oliver Haas (KV München)

## **A10NEU2 Kommunen stärken, Investitionen sichern und Klima schützen**

Antragsteller\*in:           Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt),  
                                      Stefan Schmidt (KV Regensburg-Stadt)

1       Unseren Städten, Gemeinden, Landkreisen und Bezirken kommt aktuell in dreifacher  
2       Hinsicht eine Schlüsselrolle zu. Sie sichern die kommunale Daseinsvorsorge ihrer  
3       Bürger\*innen vor Ort, bewältigen die gesundheitlichen Herausforderungen der  
4       Corona-Pandemie und sorgen mit ihren Investitionen in Nachhaltigkeit und  
5       Klimaschutz dafür, dass wir zwei Krisen zusammen denken und lösen können: die  
6       Corona-bedingte Konjunkturkrise und die fortschreitende Klimakrise.

7       Mit Schulgebäuden, Kitas und der Abfallentsorgung stellen unsere Kommunen die  
8       elementare Infrastruktur. Mit Bussen und Bahnen sorgen sie für die Mobilität  
9       ihrer Bürger\*innen. Mit ihren vielfältigen freiwilligen Aufgaben vor allem im  
10      Bereich von Sport und Kultur tragen sie entscheidend zur Lebensqualität vor Ort  
11      bei. In der Corona-Krise haben Städte, Gemeinden und Landkreise mit ihren  
12      Krankenhäusern und Gesundheitsämtern einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet,  
13      die Pandemie in den Griff zu bekommen. Auch in der Phase der schrittweisen  
14      Lockerungen und eines abklingenden Infektionsgeschehens ist die lokale Ebene von  
15      entscheidender Bedeutung.. Denn durch ihre Investitionen in Klimaschutz und  
16      Nachhaltigkeit können die Kommunen als größter öffentlicher  
17      Investitionsträger einen wichtigen Beitrag zur schnellen konjunkturellen Belebung  
18      leisten. Mit ihren vielfältigen politischen Gestaltungsmöglichkeiten von der  
19      Organisation des öffentlichen Nahverkehrs bis zur Stadtentwicklung sitzt die  
20      kommunale Hand an wichtigen Hebeln zur Bewältigung der Klimakrise. Ihre Nähe zu  
21      den Bürger\*innen und ihre guten Kenntnisse der lokalen Begebenheiten sind dabei  
22      von großem Vorteil.

23      Obwohl die lokale Ebene eine wesentliche Rolle spielt, haben Bundesregierung und  
24      bayerische Staatsregierung die Städte, Gemeinden und Landkreise viel zu lange im  
25      Unklaren darüber gelassen, ob und in welcher Form es überhaupt Hilfen geben  
26      soll. Die Kommunen brauchen aber Planungssicherheit. Denn um ihre drei  
27      Kernaufgaben – Daseinsvorsorge, Gesundheitsschutz und Klimaschutz – kraftvoll  
28      schultern zu können, ist die kommunale Ebene krisenbedingt auf die Unterstützung  
29      von Bund und Land angewiesen. Deswegen müssen die Hilfen nun schnell beschlossen  
30      werden. Wir müssen die Kommunen gemeinsam in der Krise und nach der Krise  
31      finanziell auf sichere Beine stellen.

32      **Corona-bedingte Einnahmeausfälle und Mindereinnahmen kompensieren**

33 Die Corona-Pandemie und der daraus folgende Lockdown haben unsere Städte,  
34 Gemeinden und Landkreise besonders hart getroffen und vor enorme  
35 Herausforderungen gestellt. Die Folgen des Lockdowns machen sich nicht nur in  
36 den wenigen verschuldeten und finanzschwachen bayerischen Kommunen bemerkbar,  
37 die bereits vor der Krise unter Haushaltssicherung standen oder unter einem  
38 hohen Investitionsstau litten. Auch in den Haushalten der finanzstarken  
39 bayerischen Kommunen sind die Folgen des Lockdown deutlich spürbar. Vielfach  
40 bleiben die Fixkosten bestehen, während die Einnahmen sinken und die Ausgaben  
41 steigen. So muss die lokale Ebene auch weiterhin für den Betrieb von Kitas,  
42 Museen, Theatern, Bibliotheken oder des ÖPNV aufkommen. Gleichzeitig ist sie  
43 aber mit wegfallenden oder zumindest sinkenden Steuereinnahmen, Gebühren und  
44 Eintrittsgeldern konfrontiert – auch in Zeiten der schrittweisen Lockerungen.  
45 Kitas, Kultur- und Sporteinrichtungen, aber auch Hotels und Gaststätten waren  
46 wochenlang geschlossen. Gleichzeitig müssen die Kommunen auch in der Krise ihre  
47 Leistungen – häufig mit reduziertem Personal – aufrechterhalten: von der  
48 Jugendhilfe über die Sozialämter bis hin zu den Standesämtern. Sie müssen  
49 Rechnungen begleichen und Bauanträge bearbeiten. Auch der ÖPNV hat ein  
50 reduziertes Angebot beibehalten, aber Ticketkontrollen ausgesetzt.

51 Vor allem die steuerlichen Einnahmeausfälle treffen Städte, Gemeinden und  
52 Landkreise hart: Viele Betriebe mussten ihre Produktion zeitweise einstellen  
53 oder reduzieren. Auch in absehbarer Zeit wird die Produktion nicht wieder das  
54 Vorkrisenniveau erreichen. Darüber hinaus führen steuerliche Erleichterungen für  
55 Unternehmen zu Einbußen bei den Kommunen. In der Folge bricht die Gewerbesteuer  
56 als wichtigste Einnahmequelle der kommunalen Hand gerade dramatisch ein und wird  
57 sich aller Voraussicht nach auch in den Folgejahren nur langsam erholen. Die  
58 jüngste Steuerschätzung von Mai geht deutschlandweit allein in diesem Jahr von  
59 einem Rückgang bei der Gewerbesteuer gegenüber 2019 um mehr als 13,7 Mrd. Euro  
60 aus. Nach dieser Prognose wird die Gewerbesteuer erst 2024 wieder das Niveau von  
61 2019 erreichen. Gerade auch in Bayern ist die Gewerbesteuer drastisch  
62 eingebrochen. Hart getroffen hat das vor allem die stark touristischen  
63 bayerischen Regionen. Auch die Einnahmen aus den kommunalen Einkommen- und  
64 Umsatzsteueranteilen werden zurückgehen. Für uns Grüne ist klar, dass Bund und  
65 Land gemeinsam die Gewerbesteuerausfälle für dieses Jahr komplett übernehmen  
66 müssen. Auf Basis der außerplanmäßigen Steuerschätzung im September ist außerdem  
67 zu prüfen, ob Bund und Länder die Kommunen auch in den Folgejahren für die  
68 Corona-bedingten Gewerbesteuer-Mindereinnahmen kompensieren sollten.

69 Neben diesen Einnahmerückgängen steigen gleichzeitig die kommunalen Ausgaben für  
70 krisenbedingte Sofortmaßnahmen. Die Landkreise mussten ihre Gesundheitsämter  
71 personell aufstocken und zusätzlich ausstatten, die kommunalen Krankenhäuser  
72 mussten sich auf die neue Situation einstellen. Auch die Kosten der Unterkunft  
73 und Heizung nach SGB II (KdU) nehmen in der Krise deutlich zu und werden aller  
74 Voraussicht nach auch in den nächsten Monaten weiter steigen, weil der Zugang  
75 zur Grundsicherung für Selbstständige erleichtert wurde. Dass der Bund die  
76 Kommunen jetzt im Zuge des Konjunkturpakets bei den sozialen Kosten dauerhaft

77 stärker entlasten will, unterstützen wir Grüne ausdrücklich. Der Bund greift  
78 damit eine langjährige Forderung von uns Grünen auf. Es ist richtig, dass der  
79 Bund seine Beteiligung an den Kosten der Unterkunft dauerhaft auf 75 Prozent  
80 erhöhen und dadurch finanzschwache Kommunen aber auch Landkreise und kreisfreie  
81 Städte mit einem hohen Mietenniveau entlasten will. Wir Grüne im Bund und in  
82 Bayern unterstützen daher die dafür notwendige Grundgesetzänderung für die  
83 Anhebung der Grenze zur Bundesauftragsverwaltung auf 75 Prozent.

84 Auch kommunale Unternehmen in besonders vom Lockdown betroffenen  
85 Wirtschaftsbereichen wie Messen, Veranstaltungszentren und Kultureinrichtungen,  
86 aber auch Verkehrsbetriebe, Bäder und Museen sind durch Einnahmeausfälle bei  
87 fortlaufenden Kosten zum Teil in ihrer Existenz bedroht. Dabei stellen sie den  
88 Bürger\*innen elementare Leistungen der Daseinsvorsorge zur Verfügung. Deswegen  
89 müssen sie uneingeschränkten Zugang zu den bereits beschlossenen Hilfs- und  
90 Kreditprogrammen bekommen. Eine Benachteiligung gegenüber privaten Unternehmen  
91 ist nicht nachvollziehbar. Kommunale Unternehmen sind gerade auch in der Krise  
92 unverzichtbar für das Leben vor Ort.

### 93 **Kommunen als größten Investitionsträger stärken und kommunalen Klimaschutz** 94 **unterstützen**

95 Die Kommunen spielen aber nicht nur für die Lebensqualität vor Ort und das  
96 Krisenmanagement eine entscheidende Rolle. Auch bei dem Weg aus dem Lockdown und  
97 der daraus folgenden wirtschaftlichen Krise kommt ihnen eine Schlüsselrolle zu.  
98 Als größter öffentlicher Investitionsträger können die Städte, Gemeinden und  
99 Landkreise entscheidend zum wirtschaftlichen Aufschwung beitragen, etwa indem  
100 sie die Baubranche und das lokale Handwerk mit Aufträgen versorgen. Viele  
101 Kommunen haben bereits Pläne für wichtige Zukunftsinvestitionen erarbeitet,  
102 beispielsweise für die Sanierung von Schulen und Kitas, aber auch für Projekte  
103 des kommunalen Klimaschutzes und der nachhaltigen Entwicklung vor Ort, die  
104 schnell umgesetzt werden könnten. Mit schnellen und zielgerichteten Hilfen für  
105 die bayerischen Städte, Gemeinden und Kreise durch Bund und Land muss die  
106 finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Kommunen erhalten und die Grundversorgung  
107 der Menschen vor Ort gesichert werden. Wir müssen sicherstellen, dass die  
108 Kommunen auch nach der Krise ausreichend finanzielle Mittel haben, um als  
109 größter öffentlicher Investor tätig zu werden.

110 Um die öffentliche Investitionstätigkeit anzukurbeln, müssen einerseits die  
111 kommunalen Förderprogramme hinsichtlich der Programmlaufzeiten, der  
112 Beantragungsfristen und der Kofinanzierungspflichten unbürokratisch angepasst  
113 werden. Denn in der andauernden Krisensituation wird die lokale Ebene auch  
114 weiterhin Probleme haben, entsprechende Fristen einzuhalten und ihren  
115 Eigenanteil aufzubringen. Gerade jetzt brauchen wir gezielte kommunale  
116 Investitionsprogramme für Klimaschutz, Klimaanpassung, nachhaltige Entwicklung  
117 und eine nachhaltige Infrastruktur. Die Kommunen sitzen hier durch ihre  
118

119 Zuständigkeiten in vielen klimarelevanten Bereichen an einem wichtigen Hebel.  
120 Gleichzeitig fehlt ihnen aber oftmals das Personal um die zur Verfügung  
121 stehenden Mittel entsprechend ihrer Bedarfe abzurufen. Deshalb braucht es jetzt  
122 mehr denn je eine deutlich stärkere Unterstützung unsere bayerischen Städte,  
123 Gemeinden und Landkreise bei der Umsetzung von Maßnahmen für Klimaschutz,  
124 Klimaanpassung und nachhaltige Entwicklung.

126 Derzeit laufen auf europäischer Ebene die Verhandlungen für das Paket für den  
127 mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU 2021-27. Wir unterstützen die Initiative  
128 der Visegrád-4-Hauptstädte zur Stärkung der Städtedirektförderung durch die  
129 Europäische Union. Wir erkennen die zentrale Rolle der Kommunen für die  
130 wichtigen Herausforderungen der Zukunft und fordern deshalb eine Aufstockung der  
131 Direkthilfe aus der European Urban Initiative (EUI) und einen Fokus auf  
132 Nachhaltigkeit, Lebensqualität und soziale Herausforderungen und eine bessere  
Einbindung der Kommunen in das Sustainable Urban Development-Programm der EU.

133 Wir müssen jetzt Maßnahmen umsetzen, damit die Kommunen in der Krise  
134 unterstützt, die Konjunktur angekurbelt und der richtige Pfad hin zu wirksamem  
135 Klimaschutz und nachhaltiger Entwicklung eingeschlagen wird.

136 Damit Kommunen unterstützt, ihre Handlungsfähigkeit gesichert und nachhaltige  
137 Investitionen in den Kommunen angeschoben werden können, fordern wir  
138 insbesondere:

- 139 • Die vollständige Kompensation der Corona-bedingten Gewerbesteuerausfälle  
140 für 2020 – hälftig finanziert durch Bund und Land. Auf Basis der  
141 September-Steuerschätzung ist darüber hinaus zu überprüfen, in welchem  
142 Umfang auch in den Folgejahren eine Gewerbesteuer-Kompensation durch Bund  
143 und Länder erfolgen muss;
- 144 • die dauerhafte Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft  
145 auf 75 Prozent;
- 146 • Öffnung der bereits beschlossenen Hilfsprogramme des Bundes für kommunale  
147 Unternehmen;
- 148 • Verlängerung der Laufzeiten und Fristen aller kommunalen Förderprogramme;
- 149 • Verzicht auf die Kofinanzierungspflicht bei Förderprogrammen für einen  
150 klar begrenzten Zeitraum;
- 151 • Erhöhung der Städtebauförderung;
- 152 • Einführung attraktiver Zuschüsse für kommunale Dekarbonisierungs-Pläne,

- 153 insbesondere kommunaler Wärmepläne;
- 154 • Passgenaue Finanzierung von kommunalen Planungs- und Umsetzungsaufträgen  
155 in den Nachhaltigkeits-, Resilienz- und Klimaschutzbereichen;
- 156 • Förderung von vielfältigen regionalen Aus- und Weiterbildungsoptionen  
157 sowie Umschulungsprogrammen in Berufen, die zur praktische Umsetzung und  
158 Planung von Maßnahmen für Klimaschutz, Klimaanpassung und nachhaltige  
159 Entwicklung beitragen.

### **Unterstützer\*innen**

Tina Winklmann (KV Schwandorf), Ekin Deligöz (KV Neu-Ulm), Johannes Becher (KV Freising), Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt), Judith Bogner (KV Mühldorf), Leon Eckert (KV Freising), Jamila Schäfer (KV München), Oliver Haas (KV München)

## **A11 Under Pressure: Nachtkultur lebt von Verdichtung und ist bedroht von Verdrängung**

Antragsteller\*in: Sanne Kurz (KV München-Stadt), Erhard  
Grundl (KV Straubing-Bogen),  
Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern

1 Clubkultur in Bayern ist vielseitig und vielschichtig. Vom „Harry Klein“ in  
2 München, über das „Alte Spital“ in Viechtach oder die "Posthalle" Würzburg bis  
3 hin zum „Hirsch“ in Nürnberg, um vier Beispiele zu nennen. Die Clubs und Live-  
4 Bühnen sind groß und klein, sie bedienen unterschiedlichste musikalische Genres.  
5 Sie sind über Stadt und Land verteilt und leisten so einen wertvollen Beitrag  
6 für gleichwertige Lebensverhältnisse.

7 Clubs fungieren oftmals als innovative Labore für neue Musikstile und machen so  
8 künstlerische Freiheit erlebbar. Die Live- und Clubkultur steht für ein Publikum  
9 aus Menschen, die dort ihre Individualität und Diversität leben, die aber auch  
10 das soziale und kulturelle Miteinander zelebrieren.

11 Nach einem Urteil des Finanzgerichts Berlin-Brandenburg („Berghain-Urteil“) von  
12 2016, wurden aufgrund der künstlerischen, konzertähnlichen und besonderen  
13 Kreativität des Programms, Clubs als Kultureinrichtung bestätigt (AZ.: 5 K  
14 5089/14). Daraus ergibt sich die Abgrenzung von Clubs etwa zu Diskotheken.

15 Clubs werden nach der Bauordnung in der Praxis allerdings als Vergnügungsstätten  
16 eingestuft. Damit sind sie gleichgestellt mit Bordellen, Sex-Kinos oder auch  
17 Spielhallen.

18 Aufgrund heranrückender Bebauung geraten Live-Bühnen und Clubs vielerorts unter  
19 Druck und besonders in städtischen Gebieten droht ihnen durch Gentrifizierung  
20 oftmals die ersatzlose Verdrängung.

21 Corona bedingte wirtschaftliche Herausforderungen durch Verbandsverbote  
22 und Infektionsschutz kommen zu den bestehenden Hürden hinzu. Aufgrund der  
23 speziellen Bedarfe der Branche greifen die bestehenden Hilfen nicht, oder nicht  
24 ausreichend. Insolvenzen werden so unvermeidbar. Clubsterben rasant  
25 beschleunigt.

26 Die Grünen in Bayern wollen die Clubkultur in Bayern unter einen besonderen

27 Schutz stellen.

28 Wir fordern:

- 29 1. In der Bayerischen Bauordnung (BayBo) klarzustellen, dass Clubs und  
30 Livemusikspielstätten Anlagen für kulturelle Zwecke sind und sie somit als  
31 Kultureinrichtung zu definieren, rechtlich anderen Kulturorten wie  
32 Theatern, Opernhäusern oder Programmkinos gleichzustellen.
  
- 33 2. Das „Agent of Change“-Prinzip durch eine Gesetzgebung bayernweit  
34 einzuführen, damit die heranrückende Bebauung an schützenswerte  
35 Kultureinrichtungen bereits beim Bau für einen angemessenen Schallschutz  
36 Sorge tragen muss.
  
- 37 3. Clubs und Livemusikspielstätten durch landeseigene und kommunale  
38 Schallschutzfonds bei der Verbesserung des Schallschutzes zu unterstützen.
  
- 39 4. Clubs und Livemusikspielstätten in die Kultur- und Corona-Förderprogramme  
40 des Freistaats mitaufzunehmen und dadurch Unterstützung zum Überleben, zur  
41 Digitalisierung sowie technischen Erneuerung und Sanierung,  
42 bereitzustellen.

### **Unterstützer\*innen**

Sabine Weigand (KV Schwabach), Patrick Friedl (KV Würzburg-Stadt), Ursula Maier-Credner (KV München-Stadt), Paul Heger (KV München-Stadt), Paul Bauernschmid (KV München-Stadt), Mia Goller (KV Rottal-Inn), Matthias Ernst (KV Straubing-Bogen), Marlene Schönberger (KV Landshut-Land), Ursula Harper (KV München-Stadt), Ludwig Sporrer (KV München-Stadt), Katharina Wolfrum (KV München-Stadt), Matti Weigl (KV Passau-Stadt), Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt), Fabian Norden (KV München), Judith Bogner (KV Mühldorf), Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt), Benedikt Clemens Mader (KV Erlangen-Stadt), Andreas Gummingner (KV Mühldorf), Frank Dürsch (KV München), Oliver Haas (KV München)

## **TO1 Vorschlag zur Tagesordnung**

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 19.05.2020

- 1 12:00 – 13:00 Uhr **TOP 1 Eröffnung & Formalia**
- 2 13:00 – 14:00 Uhr **TOP 2 Politische Aussprache**
- 3 +++ *PAUSE* +++
- 4 14:10 – 14:40 Uhr **TOP 3 Wald mit Zukunft**
- 5 14:40 – 15:00 Uhr **TOP 4 Standort Bayern: nachhaltig und innovativ**
- 6 15:00 – 16:00 Uhr **TOP 5 Anträge**
- 7 16:00 Uhr **TOP 6 Verabschiedung**
- 8 \* die angegebenen Zeiten dienen lediglich der groben Orientierung

## **W1 Wald mit Zukunft**

Antragsteller\*in: Landesvorstand, Landesausschuss,  
Gerhard Waas (KV Miesbach), Bernhard  
Zimmer (KV Berchtesgadener Land), Lisa  
Badum (KV Forchheim), Hans Urban (KV  
Bad Tölz/Wolfratshausen)

1 Gesunde und intakte Wälder sind Wasser- und Luftfilter sowie Boden- und  
2 Lawinenschützer. Sie sind die grüne Lunge Bayerns und damit entscheidend für  
3 Erholung und Artenvielfalt. Wälder sind auch riesige Kohlenstoffspeicher, sie  
4 nehmen den Klimakiller Kohlendioxid auf und verwandeln es in Biomasse, sie sind  
5 unsere wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen die Klimakrise. Gleichzeitig  
6 werden sie aber zunehmend auch Opfer des Klimawandels. Orkane, Hitze und  
7 Trockenheit machen unsere Wälder anfällig für Schädlinge, lassen ganze Wälder  
8 als Folge einer falschen Klimapolitik absterben.

### **9 1. Wald-Land Bayern erfolgreich durch die Klimakrise führen**

10 Bayern ist das Bundesland mit der größten Waldfläche in Deutschland. Mehr als  
11 ein Drittel der Landesfläche (2,6 Millionen Hektar) ist bewaldet. Die  
12 bayerischen Wälder werden von etwa 700.000 Waldbesitzer\*innen gepflegt und  
13 bewirtschaftet. Sie übernehmen damit auf fast 1,5 Millionen Hektar Waldfläche  
14 eine wertvolle Aufgabe in unserer Gesellschaft. Etwa 44% der bayerischen  
15 Waldfläche stehen als Staats- und Kommunalwald direkt im Eigentum der  
16 Bürger\*innen des Freistaates. Für diese Flächen muss es Ziel sein, sie besonders  
17 vorbildlich zu bewirtschaften.

18 Die Klimakrise trifft Bayerns Wälder mit ganzer Wucht. Ein Hauptgrund dafür ist  
19 die hohe Geschwindigkeit, mit welcher die Klimaveränderung voranschreitet.  
20 Aufgrund der Langlebigkeit der Waldökosysteme machen drastische  
21 Umweltveränderungen in nur wenigen Jahrzehnten eine natürliche Anpassung  
22 praktisch unmöglich.

23 Besonders betroffen von der Erwärmung sind unsere Nadelwälder, die noch immer  
24 fast zwei Drittel der Waldfläche Bayerns ausmachen. In den vergangenen  
25 Jahrhunderten wurde zur schnellen Wiederbewaldung oftmals großflächig auf eine  
26 Nutzpflanzenart gesetzt und monokulturell Fichten- oder Kieferaufforstung  
27 durchgeführt. Fichten und Kiefern, die aber in Summe 59% des bayerischen

28 Baumbestandes bilden, leiden nun besonders stark. In manchen Teilen Frankens  
29 bekommt neben Fichte und Kiefer sogar die Buche Probleme. Besonders die  
30 bayerischen Privat-Waldbesitzer\*innen stellen diese Entwicklungen vor enorme  
31 wirtschaftliche Herausforderungen, die sie ohne Hilfe nicht mehr bewältigen  
32 können.

33 Die Fähigkeit, der Atmosphäre große Mengen CO<sub>2</sub> zu entziehen, den Kohlenstoff  
34 langfristig im Ökosystem Wald und im Rohstoff Holz, unserem wichtigsten  
35 nachwachsenden Rohstoff zu speichern machen Bayerns Wälder zu einem  
36 Schlüsselfaktor im Kampf gegen den Klimawandel.

37 Bayerns Wälder verdienen aufgrund ihrer vielfältigen Funktionen unsere ganze  
38 Aufmerksamkeit. Wir müssen in Zeiten der Klimakrise richtig handeln, den  
39 Waldumbau fördern und forstpolitische Ziele so ausrichten, dass unsere Wälder  
40 sowohl als Lebensraum als auch als Wirtschaftsfaktor eine Zukunft haben. Eine  
41 grüne, zukunftsfähige, vorausschauende und ökologische Waldbewirtschaftung ist  
42 für die nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume Bayerns deshalb von größter  
43 Bedeutung.

#### 44 **Waldschutz-Initiative als Kernanliegen der Landespolitik**

45 Nicht erst die Folgen der Klimakrise zwingen uns dazu, die Funktionen des Waldes  
46 neu zu bewerten und die vorrangigen forstpolitischen Ziele neu zu definieren.  
47 Die bereits 2007 auf Bundesebene beschlossene „Nationale Strategie zur  
48 biologischen Vielfalt“ hatte das Ziel, bis 2020 fünf Prozent der deutschen  
49 Wälder ihrer natürlichen Entwicklung zu überlassen. Dieses Ziel wird Bayern,  
50 eines der walddreichsten Bundesländer, nicht nur verfehlen, sondern wir werden  
51 Schlusslicht im nationalen Vergleich werden. Das Volksbegehren für  
52 Artenvielfalt, das klar den Willen der Bürger\*innen signalisiert, ist für uns  
53 GRÜNE der Auftrag hier nicht nachzulassen.

54 Dafür braucht es eine Priorisierung des Waldschutzes, des Walderhalts und des  
55 Waldumbaus. Wir GRÜNE wollen dies mit zweierlei Strategien der Anpassung  
56 erreichen: Waldprozessschutz und Nutzungsverzicht auf mindestens fünf Prozent  
57 der bayerischen Waldfläche gemäß den Zielen der Nationalen Strategie zur  
58 biologischen Vielfalt sowie eine konsequente Ökologisierung der  
59 Waldbewirtschaftung auf allen anderen Waldflächen. Die Erreichung des fünf-  
60 Prozent Schutzziels wird regelmäßig überprüft und der Beitrag der öffentlichen  
61 Hand bei Bedarf erhöht. Insgesamt gilt für uns, dass die verschiedenen  
62 Waldbesitzarten differenziert betrachtet werden müssen. Im privaten Waldbesitz  
63 setzen wir auf den Ausbau der Förderprogramme für mehr freiwilligen Artenschutz  
64 im Wald. Im kommunalen Waldbesitz wollen wir die Förderprogramme „Naturschutz im  
65 Wald“ stark ausbauen und gleichzeitig kommunale Interessen berücksichtigen.  
66 Staatlicher Waldbesitz muss aufgrund der Besitzart und der damit verbundenen  
67 Vorbildlichkeit deutlich mehr Waldnaturschutz auf der Fläche leisten als der

68 Privatwald.

69 Wir fordern eine umfassende Waldschutz-Initiative, bei der der Fortbestand  
70 vorhandener sowie der Aufwuchs neuer Waldflächen zu einem Kernanliegen der  
71 Landespolitik gemacht wird. Dazu brauchen wir neben deutlich verbessertem  
72 Wildtiermanagement zur Unterstützung der natürlichen Waldverjüngung, einer  
73 Initiative für Begrünung von Mischwaldbeständen mit klimatoleranten Baumarten  
74 auch mehr Naturwälder, in denen sich der Wald von morgen ohne Bewirtschaftung  
75 entwickeln kann. Die Wälder von morgen müssen strukturreiche, naturnahe  
76 Mischwälder sein. Neben der Berücksichtigung der Aspekte der Klimaerwärmung  
77 müssen wir die Grundlagen für mehr Artenvielfalt in unseren Wäldern schaffen.

## 78 **2. Wirtschaftswälder für die Zukunft fit machen**

79 Wir müssen jetzt mutig handeln. Walderhalt, Waldschutz und die Förderung der  
80 Biodiversität im Lebensraum Wald sind als prioritäre Ziele anzuerkennen. Richtig  
81 bewirtschaftete Wälder können dauerhaft als CO<sub>2</sub>-Senke wirken, wenn die  
82 Bewirtschaftung auf die Herstellung besonders langlebiger Holzprodukte abzielt  
83 und eine Kaskadennutzung der Holzprodukte angestrebt wird. So können  
84 bewirtschaftete naturnahe Wälder und Plenterwälder, bewirtschaftete Dauerwälder  
85 mit Bäumen verschiedener Generationen, entstehen, die sich stets verjüngen.  
86 Nicht bewirtschaftete Wälder dienen der Klimaneutralität, da sie durch  
87 Zerfallsprozesse auf Dauer ebenso viel CO<sub>2</sub> freisetzen wie sie binden, und dem  
88 Schutz der Artenvielfalt. Grundsätzlich schaffen unsere Wälder durch ihre hohe  
89 Verdunstungsleistung einen Klimaausgleich und wirken aufgrund der hohen aktiven  
90 Oberfläche als Luftfilter. Je nach Region übernehmen sie zusätzliche wichtige  
91 Funktionen: Im Alpenraum ist der Schutz der Wälder existenziell für den Schutz  
92 der Siedlungsräume, in den Metropolregionen sichern sie häufig das Trinkwasser.  
93 Unsere Wälder in all ihren Daseinsformen erfüllen vielerlei Funktionen, die  
94 jedoch regional und lokal eine sehr unterschiedliche Bedeutung entfalten.

95 Während im Süden Bayerns extreme Stürme unsere Wälder immer wieder großflächig  
96 gefährden, werden es im Norden vor allem Trockenheit und Hitze sein. Bayernweit  
97 nehmen Insektenkalamitäten zu, auch weil der Klimawandel diese fördert. Der  
98 Standort wird künftig für die Baumartenwahl wieder deutlich in den Vordergrund  
99 treten, wobei die Klimatoleranz entscheidend sein wird. Wir GRÜNEN setzen bei  
100 der Baumartenwahl auf eine wissenschaftliche Grundlage und in erster Linie auf  
101 unsere heimischen Arten.

## 102 **Unterstützung beim nachhaltigen Waldschutz, aber ohne Gift**

103 Der Klimawandel und die dadurch verursachten großflächigen Waldschäden  
104 begünstigen die Massenvermehrung von Schädlingen wie die Borkenkäferarten,  
105 welche die Fichten seit vielen Jahren gefährden. Den Einsatz von Pestiziden im  
106 Wald lehnen wir GRÜNE generell ab. Zur Borkenkäferbekämpfung setzen wir

107 beispielsweise auf Früherkennung und frühzeitige Entnahme der befallenen Bäume.

108 Wir schaffen in walddreichen Landkreisen auch geeignete Lagerplätze, um  
109 kurzfristig und befristet große Schadholzmengen qualitätserhaltend lagern zu  
110 können. Die Waldbesitzer\*innen unterstützen wir so bei ihrem Einsatz für die  
111 Wälder von morgen, weil große Käferholzmengen regelmäßig den Holzmarkt  
112 zusammenbrechen lassen. Dies bewirkt einen gravierenden Preisverfall. Der  
113 wertvolle Rohstoff Holz verliert schnell an Qualität, kann dann nur noch  
114 minderwertig verwertet werden, diesen volkswirtschaftlichen Verlust wollen wir  
115 künftig verhindern. Wir GRÜNEN fördern werterhaltende Nasslagerplätze zum Schutz  
116 des heimischen Holzmarktes.

117 Stehendes und liegendes Totholz ist ökologisch besonders wertvoll in unseren  
118 Wäldern: Lebensraum für viele gefährdete Arten sowie für natürliche Gegenspieler  
119 von Schadinsekten, Nährstoffspeicher, Erosionsschutz, Schutz vor Austrocknung  
120 der Böden, Kohlenstoffspeicher. Wir GRÜNEN wollen den Totholzanteil im Wald  
121 erhöhen, wir bauen die Förderung für Biotopbäume und den Verzicht, diese  
122 ökologisch wertvollen Bäume zu ernten, im Rahmen des Bayerischen  
123 Vertragsnaturschutzprogramm Wald deutlich aus. Aufgrund verschiedener Faktoren  
124 ist dies vor allem für den Staatswald mit seinen großen, geschlossenen  
125 Waldflächen eine Möglichkeit die Strukturvielfalt und Biodiversität zu erhöhen.

## 126 **Der Naturverjüngung den Vorzug geben**

127 Der **Naturverjüngung** ist, wo immer dies möglich ist, der Vorzug gegenüber einer  
128 künstlichen Verjüngung durch Pflanzung zu geben. In Fällen, wo der notwendige  
129 Waldumbau es erfordert fördern wir aber die Einbringung von Mischbaumarten durch  
130 Pflanzung.

131 Durch Windwürfe, Borkenkäferbefall oder Brände entstandene Freiflächen sollten  
132 zur Förderung von Lichtbaumarten genutzt werden. Hier sind insbesondere Eiche,  
133 Kiefer oder Birke zu nennen. Dies ist auch eine Chance, an offene, lichte Wälder  
134 angepasste Lebensgemeinschaften gezielt zu fördern.

## 135 **Waldböden besser schützen**

136 Ein sehr wichtiges Anliegen muss es sein, die Wasserspeicherfähigkeit unserer  
137 Waldböden zu erhalten. Der Waldboden spielt eine besondere Rolle im  
138 Wasserkreislauf, er verlangsamt den oberflächlichen Abfluss bei Starkregen und  
139 sorgt für besonders gute Trinkwasserqualität. Laubholzreiche Mischwälder sorgen  
140 dabei für eine deutliche Verbesserung der Wasserspeicherfähigkeit sowie der  
141 Grundwasserspende. Bodenschonendere Holznutzung und Holztransport sind daher  
142 Voraussetzung zur Minimierung von Bodenschäden. Um die Wasseraufnahmefähigkeit  
143 der Waldböden zu erhalten, muss der Einsatz schwerer Großmaschinen zur  
144

145 Bestandspflege und Holzernte stark reduziert werden. Wir GRÜNE wollen die  
146 Beratungskapazitäten zur bodenschonenden Bewirtschaftung deutlich ausbauen und  
147 den bereits jetzt verpflichtenden pfleglichen Umgang mit Waldboden  
flächendeckend sicherstellen.

## 148 **Waldfunktionen ganzheitlich erhalten**

149 Wir GRÜNE sehen die Notwendigkeit, die Waldfunktionskartierung lokal und  
150 regional stärker als Grundlage zur Planung von Maßnahmen einzubeziehen.  
151 Großflächige Waldverluste wirken wie Kahlschläge. Das großflächige Absterben von  
152 Wäldern ist also eine besondere Bedrohung, der es zu begegnen gilt. Wir fördern  
153 eine Waldentwicklung, bei der die natürliche Dynamik bestimmend ist. Die  
154 Waldfunktionsplanung der bayerischen Forstverwaltung für alle 18  
155 Planungsregionen muss online für alle Waldbesitzer\*innen einsehbar und  
156 Beratungsangebote zur Umsetzung der Planung müssen ausgebaut werden.

157 Der Wald hat Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktionen sowie Bedeutung für die  
158 biologische Vielfalt. Bannwälder sind deshalb nicht nur nach Fläche sondern  
159 wegen ihrer räumlichen Verteilung, ihrer Zusammensetzung und Strukturen zu  
160 erhalten. Wir GRÜNEN stärken den Schutz der Bannwälder aufgrund ihrer für uns  
161 lebenswichtigen Waldfunktionen, insbesondere wenn sie für gewerbliche Nutzung  
162 umgewidmet werden sollen.

## 163 **Ökologische Waldbewirtschaftung auf ganzer Fläche: private** 164 **Waldbesitzer\*innen unterstützen**

165 Der größte Anteil (55,7%) der Waldfläche Bayerns ist in privatem Eigentum und  
166 wird von privaten Waldbesitzer\*innen bewirtschaftet. Mehr als 85% der  
167 Waldeigentümer\*innen haben weniger als 5 Hektar Wald, 55% sogar weniger als 1  
168 Hektar. Das bedeutet, dass 25% der Privatwaldfläche von kleinen bzw. kleinsten  
169 Waldbesitzer\*innen zu pflegen ist und auf dieser Fläche keine regelmäßigen  
170 Nutzungen stattfinden (können). Etwa 75% der privaten Waldflächen werden also im  
171 Nebenerwerb und mit sehr unterschiedlichem Fachwissen bewirtschaftet.

172 Der bereits eingeleitete Waldumbau hin zu stabilen Mischwäldern und naturnahen  
173 Dauerwäldern stellt gerade Klein- und Kleinstprivatwaldbesitzer\*innen vor eine  
174 sehr große Aufgabe. Mit finanzieller Förderung allein, beispielsweise für  
175 Laubholzpflanzungen, ist es dabei nicht getan.

176 Wir GRÜNE wollen Besitzer\*innen beim Waldumbau begleiten und den Waldumbau in  
177 der Fläche durch Standortanalysen, Beratung durch Fachpersonal und finanzielle  
178 Mittel fördern. Dafür gilt es, den Stellenabbau in der Forstverwaltung zu  
179 stoppen und freiwillige Zusammenschlüsse von Waldbesitzer\*innen durch eine  
180 Ausweitung der Zusammenarbeit mit der Forstverwaltung zu stärken, um die  
181

strukturellen Nachteile im Kleinprivatwald auszugleichen.

## 182 **Privatwald freiwillig aus der Nutzung nehmen**

183 Die vielfältige Struktur der Waldbesitzer\*innen führt zu unterschiedlichen  
184 Herangehensweisen. Wer auf den eigenen Waldflächen im Rahmen des freiwilligen  
185 Vertragsnaturschutz auf eine Nutzung verzichten möchte, soll die Möglichkeit  
186 dazu haben und auch hierzu umfangreich beraten werden. So kann auch im  
187 Privatwald ein wertvoller Beitrag zur Erreichung des 5%-Ziels der der  
188 natürlichen Waldentwicklung geleistet werden.

## 189 **Unser Wald braucht seine Förster\*innen und Fachkräfte**

190 Zur Erfüllung der steigenden Anforderungen bei der Waldbewirtschaftung sowie der  
191 zusätzlichen Aufgaben in Zeiten des Klimawandels ist es dringend notwendig, den  
192 Personalkürzungen im Bereich Forst ein Ende zu bereiten. Nur mit genügend und  
193 gut ausgebildeten Fachkräften und Personal in allen ländlichen Regionen kann die  
194 Bayerische Forstverwaltung ihre Aufgaben erfüllen.

195 Wir GRÜNE fordern deshalb den Stellenabbau bei den Revierförster\*innen zu  
196 stoppen. Bei den Förster\*innenstellen brauchen wir dringend eine  
197 Personalmehrung. Nicht zuletzt, um unseren Privatwaldbesitzer\*innen mit Rat und  
198 Tat zur Seite stehen zu können und eine gute Beratung zu gewährleisten. Diese  
199 Stellenmehrung brauchen wir nicht erst im Jahr 2030 – wir brauchen sie heute!  
200 Daher wollen wir in den nächsten vier Jahren bis zu 50 Förster\*innen zusätzlich  
201 pro Jahr unbefristet einstellen. Durch diese Maßnahme sollen beratende  
202 Förster\*innen wieder mehr Arbeitszeit vor Ort im Wald und weniger Zeit im Auto  
203 sowie im Büro verbringen. Da die Reviere in den Privatwäldern seit der  
204 Forstreform ständig vergrößert worden sein, ist hier ein Umsteuern in der  
205 Personalpolitik notwendig: Wir GRÜNE stoppen den Stellenabbau in der  
206 Forstverwaltung.

207 Wir GRÜNE machen Wirtschaftswald zukunftsfest, durch

- 208 • ein Ende des Pestizideinsatzes im Wald.
- 209 • den Schutz des heimischen Holzmarktes durch die Förderung von (Nass-  
210 )lagerplätzen in jedem walddreichen Landkreis.
- 211 • attraktive Förderung des Ernteverzichts von Biotopbäumen und  
212 Waldbeständen.
- 213 • die Förderung der Pflanzung von Mischbaumarten zum Waldumbau an  
214 erforderlichen Stellen.

- 215 • den generellen Ausbau der Beratungsangebote für Waldbesitzer\*innen durch  
216 die unbefristete Einstellung von 50 Förster\*innen pro Jahr.
- 217 • die Förderung einer Standortanalyse für alle Waldbesitzer\*innen
- 218 • mehr Beratungsangebote zur bodenschonenden Bewirtschaftung des Waldes.
- 219 • Online-Verfügbarkeit der staatlichen Waldfunktionspläne in allen 18  
220 Planungsregionen in Bayern und ausgebaute Beratungsangebote zur Umsetzung  
221 der Planung.
- 222 • den Erhalt der Bannwälder Bayerns.

### 223 **3. Öffentliche Wälder zu Klima- und Artenschützer\*innen machen**

224 Gerade die Wälder in öffentlicher Hand sehen wir GRÜNE in Krisenzeiten wie  
225 diesen in einer elementaren Vorbildrolle. 31,9% der bayerischen Wälder sind  
226 Staatswald und 12,4% Körperschaftswälder, also Wälder von Städten und Gemeinden  
227 sowie kommunaler Stiftungen. Besitzer\*innen öffentlicher Wälder müssen diese  
228 vorbildlich bewirtschaften, das Gemeinwohl an erste Stelle stellen und ihren  
229 Beitrag zur Umsetzung der „Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt“  
230 leisten. Walderhalt und der Aufbau klimatoleranter, artenreicher Wälder muss  
231 dort im Vordergrund stehen. Gewinnerzielungsabsichten müssen in den Hintergrund  
232 treten. Wir GRÜNE setzen im öffentlichen Wald auf eine Bewirtschaftung, die den  
233 Prinzipien der naturgemäßen Waldwirtschaft entspricht. Denn nur ein gesunder,  
234 naturnaher und strukturreicher Wald ist in der Lage, seine vielfältigen  
235 Funktionen nachhaltig zu erbringen.

### 236 **Förderung und Unterstützung kommunaler Wälder**

237 Wir wollen unsere Kommunen im Umgang mit ihren Wäldern deutlich besser  
238 unterstützen und die Beratung vor Ort stärken. Dafür braucht es ausreichend und  
239 gut ausgebildetes Personal in der Fläche. Zudem wollen wir beim Schutz unserer  
240 Wälder alle mitnehmen, weshalb hier auch Wälder in kommunaler Hand beim  
241 Naturschutz berücksichtigt werden sollen. Viele Kommunen leisten bereits heute  
242 einen wichtigen Beitrag zum Naturschutz im Wald. Diese freiwilligen Leistungen  
243 bei der Umsetzung der Natura-2000-Ziele gilt es zu honorieren. Wer sich dem  
244 Nutzungsverzicht verschreibt, muss ebenso entlohnt bzw. gefördert werden.  
245 Deshalb wollen wir die Mittel für den Vertragsnaturschutz erhöhen und  
246 langfristigen Naturschutz und Naturwaldflächen ausbauen. Auch Körperschaftswälder  
247 werden so zum Erreichen des 5%-Ziels der natürlichen Waldentwicklung beitragen.  
248 Neben flächigen Großschutzgebieten auf Staatswaldgebieten wollen wir auf diesem  
249 Weg ein Netz aus kleinen, mittleren und großen Naturwaldkomplexen schaffen, die  
250 ein repräsentatives und kohärentes Naturwaldverbundsystem auf dem gesamten

251 bayerischen Staatsgebiet bilden.

252 Neben Flächen für den Prozessschutz müssen wir aber auch die Grundlage für mehr  
253 Artenvielfalt in unseren bewirtschafteten kommunalen Wäldern schaffen. Dies kann  
254 gelingen, wenn mit Elementen des Naturwaldes, wie Biotopbäume und Totholz, ganz  
255 gezielt die Alters-, die Zerfalls- sowie die frühen Sukzessionsphasen  
256 natürlicher Wälder in den Wirtschaftswald integriert werden. Damit wird die  
257 Bodenfruchtbarkeit verbessert, die Stabilität des Ökosystems erhöht und  
258 Lebensraum für waldspezifische Arten geschaffen. Sowohl den Belangen des  
259 Artenschutzes wie auch den veränderten Bedingungen in den Zeiten der  
260 Klimaerwärmung werden wir damit gerecht. In der Umsetzung derartiger Maßnahmen  
261 wollen wir GRÜNE die Kommunen aktiv unterstützen.

## 262 **„Bayerische Staatsforsten“ endlich zur Avantgarde der ökologischen** 263 **Waldbewirtschaftung entwickeln**

264 Die Bewirtschaftung des Staatswaldes muss den Prinzipien der naturgemäßen  
265 Waldwirtschaft entsprechen. Selbst nach Erreichen aller geforderten Schutzziele  
266 sollen 90% Staatswaldfläche ökologisch bewirtschaftet werden, um auch weiterhin  
267 den nachwachsenden Rohstoff Holz zu ernten. Beim Waldumbau müssen die  
268 Bayerischen Staatsforsten (BaySF) zum Vorbild für alle anderen  
269 Waldbesitzer\*innen sein. Der Holzeinschlag soll an ökologischen Kriterien  
270 ausgerichtet werden. Wir GRÜNEN wollen, dass die Bayerischen Staatsforsten  
271 Taktgeber in Europa werden und die Standards für eine ökologische  
272 Waldbewirtschaftung setzen.

273 Die vom Unternehmen BaySF vorgelegte Nachhaltigkeitsstrategie zum „Wertewald“  
274 sowie die darin formulierte Vision, Ökologie, Wirtschaftlichkeit, soziale  
275 Verantwortung und Zukunftsfähigkeit zusammenzuführen mit dem Ziel, einen  
276 zukunftsfähigen, gesunden und klimastabilen Wald zu erreichen, weist in die  
277 richtige Richtung. Ob die Schutzziele erreicht werden, erscheint angesichts der  
278 ebenfalls formulierten Absicht, „angemessene Gewinne“ zu erwirtschaften, jedoch  
279 fraglich. Gerade in Krisenzeiten müssen Walderhalt, Klimatoleranz und Waldumbau  
280 in den Mittelpunkt des Handelns der BaySF gerückt werden. Die Gewinnerwartung im  
281 Haushalt der Staatsregierung für die BaySF muss daher dauerhaft auf null gesetzt  
282 werden. Sämtliche Erlöse sollen im Unternehmen bleiben, damit es die steigenden  
283 gesellschaftlichen Anforderungen erfüllen kann.

284 Die Bayerischen Staatsforsten müssen Vorreiter beim Artenschutz und der  
285 Ausweisung von Wäldern sein, die der natürlichen Waldentwicklung überlassen  
286 werden. Um das bayernweite 5%-Ziel zu erreichen schlagen wir GRÜNE vor, im  
287 Staatswald mindestens 10% der Wälder aus der Nutzung zu nehmen. Die Behauptung  
288 des Unternehmens, dieses Ziel bereits erreicht zu haben, ist nachweislich  
289 falsch, denn es werden auch rechtlich nicht gesicherte Flächen und Gebiete, wie  
290 Klasse 1-Waldbestand oder Hiebsruheflächen berücksichtigt. Diese Flächen müssen

291 aber mit einem rechtlich gesicherten Schutzstatus langfristig gesichert sein.

292 Neben den Großschutzgebieten (Kernzonen der Nationalparke) kommt aus der Sicht  
293 der Biodiversität den Naturwaldreservaten eine besondere Bedeutung zu. Wir GRÜNE  
294 wollen beides auf Staatswaldflächen ausbauen. Durch Großschutzgebiete in Form  
295 von Nationalparks und Prozessschutzgebieten unterschiedlicher Größe wollen wir  
296 eine natürliche Waldentwicklung und Strukturvielfalt über ganz Bayern verteilt  
297 gewährleisten. Dabei gilt es, besonders wertvolle Gebiete vorrangig zu  
298 berücksichtigen und wissenschaftlich auszuwählen. Buchenwälder, Moore, Fluss-  
299 und Auwälder sowie der Alpenraum gehören zu den besonders schützenswerten  
300 Lebensräumen. Bayern trägt hier national und international eine hohe  
301 Verantwortung. Deshalb wollen wir weitere Nationalparke schaffen. Wir  
302 bekräftigen den Beschluss über die Ausweisung eines Nationalparks Steigerwald.  
303 Wir fordern die Regierung von Oberfranken auf, das Schutzgebiet „Hoher Buchener  
304 Wald“ wiederherzustellen. Wir wollen außerdem weitere Nationalparke ausweisen:  
305 Auch der Spessart, das Ammergebirge, Isar- und Donauauen und die Rhön bedürfen  
306 unseres besonderen Schutzes.

307 Wir fordern außerdem die Umsetzung des Willens von 1,8 Millionen Bürger\*innen,  
308 die das Volksbegehren Artenschutz unterstützt haben. Die bisherige Ausweisung  
309 lässt schutzbedürftige Gebiete außen vor und Prozessschutz bedeutet auch die  
310 Schaffung großer Schutzflächen. Das Konzept „Trittsteine der Natürlichen  
311 Waldentwicklung“ der BaySF zur Schaffung einer Vielzahl kleiner und mittlerer  
312 Naturschutzbereiche, trittsteinartig auf der ganzen Fläche verteilt, begrüßen  
313 wir. Es fördert die Strukturvielfalt in den Wäldern und schafft einen  
314 Biotopverbund. Das Konzept muss auf ganzer Fläche ausgebaut und auch für private  
315 und kommunale Waldbesitzer\*innen durch entsprechende Förderung geöffnet werden.

316 Um diesen Zielen und besonders den Zielsetzungen der „Nationalen Strategie zur  
317 biologischen Vielfalt“ bis Ende des Jahres 2020 noch nachkommen zu können, ist  
318 rasches Handeln erforderlich. Deshalb fordern wir die Bayerischen Staatsforsten  
319 auf noch aktiver zu werden. Auch bei den Bayerischen Staatsforsten müssen daher  
320 Personalkürzungen enden und im Gegenteil an notwendigen Stellen zusätzliche  
321 Arbeitsplätze geschaffen werden.

322 Wir GRÜNE machen öffentliche Wälder und Körperschaftswälder zum ökologischen  
323 Vorbild, durch

- 324 • mehr Förderung für Kommunen und anderen Körperschaften für den Erhalt von  
325 Biotopbäumen und die Bewahrung von Totholz
  
- 326 • mehr Förderung für Kommunen und anderen Körperschaften im  
327 Vertragsnaturschutz

- 328 • die Umstellung der Bewirtschaftung im gesamten Staatsforst nach den  
329 Prinzipien der naturgemäßen Waldwirtschaft
  
- 330 • ein Ende der Gewinnorientierung der „Bayerischen Staatsforsten“ und die  
331 Nutzung von Erlösen für gemeinwohlorientierten Waldschutz, -umbau und -  
332 nutzung.
  
- 333 • den Nutzungsverzicht von 10% der Wälder im Staatsforst.
  
- 334 • die Ausweisung eines dritten Nationalparks im Steigerwald und die  
335 Schaffung weiterer Naturwaldreservate.

#### 336 **4. Wildtiermanagement: an der Waldverjüngung ausrichten**

337 Wir benötigen dringend ein Umdenken und eine grundlegende Neuausrichtung in der  
338 Jagd. Die bisher praktizierte Jagd hat bislang nicht zu den gewünschten  
339 Ergebnissen geführt. Der seit Jahrzehnten vorhandene, zu hohe Verbiss an  
340 ökologisch wertvollen Baumarten wie der Tanne, der Eibe, der Eiche und vielen  
341 anderen klimatoleranten Laubbaumarten hat zu einer systematischen Entmischung  
342 der Baumarten und stellenweise einer Verarmung der Vielfalt geführt. Die  
343 natürliche Verjüngung aller heimischen Baumarten auf der Fläche muss aber  
344 zwingend möglich sein, um die Baumartenvielfalt zu sichern und stabile,  
345 standortgerechte Wälder zu gewährleisten. Deshalb bedarf es eines an der  
346 Ökologie des Waldes ausgerichteten Wildtiermanagements. Die wissenschaftliche  
347 Erforschung einer langfristigen Regulation der Tierpopulation möchten wir GRÜNE  
348 ausbauen.

349 Die Jagd muss sich an der natürlichen Waldverjüngung orientieren.  
350 Vegetationsgutachten sind die Grundlage der Planung. Der Verbiss von  
351 Jungpflanzen wird auf ein noch tolerierbares Maß begrenzt. GRÜNE Jagdpolitik  
352 richtet sich streng an den Kriterien der Ökologie und des Tierschutzes aus. Wir  
353 werden ein echtes Wildtiermanagementgesetz einführen, um dem gesamten Ökosystem  
354 Wald sowie den Lebensraumgesellschaften gerecht zu werden. Die sich dramatisch  
355 verändernden Lebensräume unserer Wildtiere erfordern eine kluge Neuausrichtung  
356 des Managements. Durch eine angepasste Jagd wollen wir deshalb einen möglichst  
357 intakten Lebensraum für unsere Wildtiere erhalten. Die unteren Jagdbehörden  
358 wollen wir in die Ämter für Ernährung Landwirtschaft und Forsten integrieren.  
359 Das forstliche Gutachten zur Situation der Waldverjüngung wollen wir stärken und  
360 ausbauen. Revierweise Aussagen und anschließende Jagdbegänge zur Beteiligung der  
361 Waldbesitzer\*innen und Jäger\*innen müssen flächendeckend in 12.700 Jagdrevieren  
362 in Bayern angefertigt werden. Mit staatlicher finanzieller Förderung wollen wir  
363 Pilotprojekte über den Zusammenschluss von mehreren Jagdgenoss\*innen  
364 ermöglichen, die eine\*n Förster\*in einstellen, welche\*r das Jagdmanagement  
365 ausübt.

366 Eine konsequente Bestandsregulierung des Schalen- und des Schwarzwildes ist  
367 ebenso Bestandteil GRÜNER Jagdpolitik wie der Schutz von gefährdeten Tierarten,  
368 die nicht bejagt werden dürfen. Den Abschuss von Haustieren sowie den Einsatz  
369 von Fallen lehnen wir ab. Den Zwang zur Trophäenschau werden wir abschaffen. Wir  
370 wollen einen Schießnachweis und den Verzicht auf bleihaltige Büchsenmunition  
371 gesetzlich verankern. Die Fütterung von Wildtieren wollen wir nur noch in  
372 tatsächlichen Notzeiten zulassen. Die Liste der jagdbaren Tierarten werden wir  
373 überarbeiten. Wir fordern den sofortigen Stopp der Bejagung des Eichelhähers,  
374 der großen Einfluss auf eine gelingende Naturverjüngung nehmen kann.  
375 Revierübergreifende Drückjagden mit überjagenden Hunden sind wichtiger  
376 Bestandteil der Jagd. Jagdzeiten werden wir synchronisieren: Beide Geschlechter  
377 müssen gleichzeitig bejagt werden, mit Schwerpunkt im Herbst/Winter.

378 Luchs, Bär & Co sind als Rückkehrer Teil des Ökosystems Wald und tragen zu  
379 unserem langfristigen Ziel des natürlichen Gleichgewichts im Wald bei. Beispiele  
380 anderer Länder zeigen, dass ein Zusammenleben zwischen Wildtieren aller Art und  
381 Menschen möglich ist und auch in Bayern möglich sein muss. Wir GRÜNEN setzen auf  
382 Aufklärung und Sensibilisierung sowie auf kluge Managementpläne. Wir wollen über  
383 Umweltbildungsmaßnahmen in Kindergärten und Schulen das Miteinander fördern und  
384 unbegründete Ängste abbauen.

## 385 **5. Forschung intensivieren für den Wald der Zukunft**

386 Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass der Forschungsbedarf hoch ist, wenn es  
387 um Fragen der Klimatoleranz unserer Wälder geht. Das müssen wir ändern. Wir  
388 GRÜNE intensivieren deshalb die Forschung zur Anpassungsfähigkeit von Baumarten  
389 und zur Widerstandsfähigkeit unserer Wälder unter der Obhut der Bayerischen  
390 Staatsforsten im Staatswald sowie im Privatwald unter der Führung der LWF. Den  
391 einzelnen Forstbetrieben innerhalb des Unternehmens kommt hier eine besondere  
392 Bedeutung zu und es müssen Ressourcen und Freiräume geschaffen werden, damit  
393 Forschung zu einer zentralen Aufgabe im Staatswald wird.

394 An möglichst vielen und möglichst unterschiedlichen Standorten wollen wir  
395 deshalb ein „Forschungsnetzwerk Wald“ aufbauen. Die Forschung muss sowohl auf  
396 Prozessschutzflächen als auch auf bewirtschafteten Flächen intensiviert werden.  
397 Klimakrise, Umbau der Wälder, der mittelfristig steigende Anteil der Laubhölzer  
398 erfordern genauso wie die notwendigen Innovationen im Bereich der stofflichen  
399 Nutzung nachwachsender Rohstoffe schon heute größere Anstrengungen in Forschung  
400 und Lehre. Wir wollen die Forschung an den Hochschulen Bayerns in diesem Sektor  
401 deutlich stärken, um unseren europäischen Spitzenplatz zu verteidigen. Wir  
402 begrüßen die Kooperationen der BaySF mit bayerischen Universitäten.

## 403 **6. Holzbau fördern für mehr Klimaschutz und regionale Wertschöpfung**

404 Die Forst- und Holzwirtschaft schafft insbesondere im ländlichen Raum wertvolle

405 Arbeitsplätze und stellt deshalb einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor dar. Sie  
406 ist Motor für eine nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume.

407 Wir GRÜNE wollen diesen Sektor und nachhaltig die Laubholzwirtschaft stärken und  
408 weiter ausbauen, indem wir den dezentral in der Region wachsenden Rohstoff Holz  
409 wieder verstärkt den regionalen Wirtschaftskreisläufen zuführen. Unser Ziel ist  
410 es, den nachwachsenden Rohstoff Holz so nachhaltig und naturverträglich wie  
411 möglich bereitzustellen und ihn so intelligent und effizient wie möglich zu  
412 nutzen. So erhalten wir Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen und nutzen  
413 unsere Holzprodukte als Kohlenstoffspeicher.

414 Studien und Ökobilanzen belegen, dass die Verwendung von Holz vor allem in  
415 langlebigen Produkten nicht nur energieeffizient, sondern auch hinsichtlich der  
416 Verminderung der Treibhausgasemissionen positiv wirkt. Der Rohstoff Holz wird in  
417 Zukunft an Bedeutung gewinnen. Wir wollen die Chancen des Holzbaus als Methode  
418 der langfristigen Kohlenstoffbindung nutzen. Wir GRÜNE fördern eine nachhaltige  
419 Kaskadennutzung des Holzes. Der Einsatz von Holz als Baumaterial und als  
420 Werkstoff muss dafür erhöht werden. Nach mehreren Stufen stofflicher Nutzung  
421 sind Holzprodukte als Energieträger zu verwerten. Die energetische Verwertung am  
422 Ende einer Nutzungskaskade ersetzt fossile Energieträger und vermindert auf  
423 diese Weise die CO<sub>2</sub>-Emissionen. Die direkte energetische Nutzung von Waldholz  
424 ist für diejenigen Sortimente sinnvoll, die keiner stofflichen Nutzung zugeführt  
425 werden können.

426 Wir GRÜNE setzen uns für mehr Holznutzung im Bauwesen für eine Landesbauordnung  
427 ein, die den Baustoff Holz nicht benachteiligt. Wir bauen die Investitionen in  
428 Forschung, Aus- und Weiterbildung aus und schreiben eine stärkere  
429 Berücksichtigung des ökologischen Fußabdrucks der verschiedenen Bauweisen bei  
430 öffentlichen Aufträgen und in der Bauleitplanung fest. Wir fordern eine  
431 Strategie zur Holzverwendung und langfristiger Kohlenstoffspeicherung für  
432 Bayern, die diesem Namen auch gerecht wird. Unsere Wälder und Waldbesitzer\*innen  
433 brauchen unsere Unterstützung jetzt. Sie stehen mit der Klimakrise vor einer nie  
434 dagewesenen Herausforderung. Politisches Handeln muss jetzt mutig ansetzen für  
435 eine Zukunft klimaresistenter Wälder und Klimaschutz in allen Bereichen  
436 umsetzen.

## **Unterstützer\*innen**

Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt), Magdalena Wimmer (KV Berchtesgadener Land),  
Wolfgang Fieweger (KV Berchtesgadener Land), Robert Wiechmann (KV Miesbach),  
Judith Bogner (KV Mühldorf), Ulrike Küster (KV Miesbach), Georg Kammholz (KV  
Miesbach), Oliver Riepe (KV Miesbach), Carsten Brockmann (KV Miesbach), Irmgard  
Metz (KV Miesbach), Cornelia Riepe (KV Miesbach), Jacob Schaal (KV Miesbach), Regina  
Reiter (KV Traunstein), Wolfgang Ehrenlechner (KV Berchtesgadener Land), Oliver Haas

(KV München)